Initiativausschuss für
MIGRATIONSPOLITIK

„Für Gleichberechtigung und Solidarität“

Festschrift zum 30-jährigen Bestehen des

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

*- Perspektiven von Wegbegleiter*innen und Kooperationspartner*innen auf die Arbeit des INI von 1996 bis heute -*

Mainz, im November 2026

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	**3**
Prof. em. Dr Franz Hamburger Mitbegründer des Initiativausschusses	**4**
Roland Graßhoff Geschäftsführer a.D. des Initiativausschusses	**6**
Torsten Jäger Geschäftsführer des Initiativausschusses	**9**
Günther Burkhardt Mitbegründer des Initiativausschusses	**12**
Behrouz Asadi Menschenrechtsaktivist	**14**
Albrecht Bähr Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz e.V.	**16**
Gregor Bell Caritasverband Koblenz e.V.	**18**
Eveline Breyer Oberbürgermeisterin der Stadt Ingelheim	**20**
Lisa Diener Städtetag Rheinland-Pfalz	**22**
Ute Friedrich Verband der Volkshochschulen von Rheinland-Pfalz	**23**
Kemal Gülcehre Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP)	**25**
Nino Haase Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz	**26**
Elisabeth Henn Initiative Kulturbuntes Bodenheim	**27**
Dirk Himberger Ausländer- und Einbürgerungsbehörde des Rhein-Lahn-Kreises	**29**
Christian Kling Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Rheinland-Pfalz	**30**
Bernhard Kukatzki Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz	**32**

Andreas Lipsch ehemaliger Vorsitzender von PRO ASYL	**33**
Prof. Dr. Werner Nell ism - Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.	**35**
Dr. Florian Pfeil Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung	**37**
Siggi Pick Netzwerk am Turm e.V.	**39**
Jürgen Pirrong Flüchtlingsrat RLP e.V.	**40**
Anja Reichrath Bundesagentur für Arbeit – Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland	**41**
Joachim Schulte QueerNet RLP e.V.	**42**
Wolfgang Schumacher Vertretung der Ev. Kirchen in Rheinland-Pfalz	**43**
Christian Schwindt Zentrum Bildung und Gesellschaft der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau	**45**
Dieter Skala Katholisches Büro Mainz	**47**
Gabriele Schneidewind und Sibel Soyer Arbeit und Leben gGmbH Rheinland-Pfalz/Saarland	**49**
Ruth Strauß Integrationsbeauftragte der Stadt Trier	**51**
Miguel Vicente Beauftragter der Landesregierung für Migration und Integration	**52**
Nele Wilk Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.	**53**
Susanne Wingertszahn Deutscher Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz/Saarland	**54**
Christian Zeiß Café Asyl Worms	**55**
Weitere Kurzstatements: Wie andere uns sehen!	**56**

Hinweis: Über die Fußzeile am Ende eines Beitrages gelangen Sie zurück zum Inhaltsverzeichnis

Vorwort

- Torsten Jäger, Geschäftsführer des Initiativausschusses -

In diesem Jahr feiert der „*Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz*“ seinen 30. Geburtstag.

Auch wenn er als *Initiativausschuss Ausländische Mitbürger in Mainz und Umgebung* (1983 bis 1988) und *Initiativausschuss Ausländische Mitbürger in Rheinland-Pfalz* (1988 bis 1996) schon seit den frühen 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts „*unterwegs*“ war: Die Umbenennung im Jahr 1996 war ein Meilenstein auf dem Weg zu einer landeweiten Einrichtung, die Integration als einen Prozess begreift, der Einwandernde und Aufnahmegesellschaft gleichermaßen fordert und - im Falle des Gelingens - bereichert.

Wir haben unser Jubiläum zum Anlass genommen, langjährige Wegbegleiter*innen und Kooperationspartner*innen darum zu bitten, uns wissen zu lassen,

- wie sie die Entwicklung des Zusammenlebens von Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationsbiografie in Rheinland-Pfalz bewerten: Was wurde erreicht? Was haben wir (wieder) verloren? Was ist gefährdet? Welche Aufgaben liegen vor uns?
- wie sie die Arbeit und Bedeutung des *Initiativausschusses* für das gleichberechtigte und solidarische Zusammenleben von Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationsbiografie in Rheinland-Pfalz in den letzten 30 Jahren bewerten;
- wie sie die Relevanz des *Initiativausschusses* für das eigene Arbeiten, das eigene Arbeitsfeld und das eigene „*Klientel*“ einschätzen;
- ob sie der Meinung sind, dass es den *Initiativausschuss* auch in Zukunft noch braucht und was er - wenn ja - künftig anders oder besser machen sollte.

Herausgekommen ist diese Broschüre mit gut 30 Beiträgen und vielen weiteren, kurzen, Statements. Allen, denen wir es wert waren, sich mit uns und unserer Arbeit auseinanderzusetzen, danke ich herzlich dafür.

Dass wir dabei nicht ganz so schlecht wegkommen, freut und bestätigt uns in unserer Arbeit, die wir nicht (hätten) leisten könnten ohne

- die langjährige, verlässliche Förderung des Landes Rheinland-Pfalz;
- ebenso langjährige und verlässliche Zuwendungen der *Diakonie Hessen*, der *Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau*, des *Caritasverbandes für die Diözese Trier e.V.*, des *Bistums Mainz* und der *Lotto Rheinland-Pfalz – Stiftung*;
- die Mitglieder und Spender*innen unseres Fördervereins, dem *Verein zur Förderung der interkulturellen Arbeit in Rheinland-Pfalz e.V.*;
- die inhaltliche Begleitung der Arbeit in der Geschäftsstelle durch die Mitglieder unseres Sprecher*innenkreises;
- die vielen Ermutigungen, Fürsprachen und Kooperationen, die uns mit so vielen Menschen und Organisationen in Rheinland-Pfalz über die Jahre verbinden.

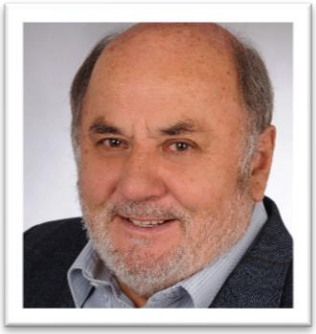
Vor allem aber nicht ohne meinen Vorgänger in der Geschäftsführung, Roland Graßhoff, der den *INI* geprägt hat wie kein zweiter, und nicht ohne meine Kollegin Ann-Christin Bölter, deren Kompetenz, Klugheit und Loyalität als rechtspolitische Referentin wie als Kollegin ihresgleichen suchen, aber kaum finden wird.

Allen genannten und manchen ungenannten sage ich

„Herzlichen Dank!“

Prof. em. Dr. Franz Hamburger

- Mitbegründer des Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz -



Der *Initiativausschuss* ist eine Errungenschaft der Solidarität mit Geflüchteten und Ausländern seit den 1970er Jahren. Er hat sich seitdem verändert, vor allem hat er sich in seinem Handeln professionalisiert. Aber die Orientierung an dem Prinzip, dass für die Menschen, die geflüchtet sind und als Ausländer hier benachteiligt werden, die Menschenrechte uneingeschränkt gelten sollen, hat sich nichts geändert.

Die 1970er Jahre waren eine starke Zeit der Mobilisierung von Selbst- und Fremdhilfe in der Ausländerarbeit, von Aktivitäten gegen „*Ausländerfeindlichkeit*“ und Rassismus und für Integrationspolitik.

Der *Initiativausschuss* war zunächst als Initiative für einen „*Ausländerbeirat der Stadt Mainz*“ entstanden und hat Ende der 1970er Jahre sein Ziel mit einem Stadtratsbeschluss erreicht. Neben dem *Initiativausschuss*, der dann sein Aktivitätsfeld auf das ganze Bundesland ausgedehnt hat, ist die *Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz* entstanden und mit unterschiedlicher Intensität aktiv geworden.

Aber die Tätigkeit eines selbständigen *Initiativausschusses*, auch wenn die Vorläufigkeit dieser Bezeichnung längst überholt war, hatte sich als weiterhin notwendig erwiesen.

Denn die Politik gegen Ausländer und Geflüchtete, gegen Zuwanderung und Zuerkennung gleicher Rechte hat ein wachsender Rassismus, reaktiv auf die Krisen in Gesellschaft und Wirtschaft, zunehmend beeinflusst – und schließlich dominiert.

Man kann dies rasch daran erkennen, wie das Ausländer- und Zuwanderungsrecht verstümmelt wurde. Die regelmäßigen Veränderungen dieses wichtigen Rechtsbereichs gehen zurück auf aggressive Impulse zur Vertreibung und Abschreckung in Politik und Öffentlichkeit. Schon die Unübersichtlichkeit und Widersprüchlichkeit dieses Systems dient der Abschreckung.

Der *Initiativausschuss* setzt gegen diese fortschreitende Dynamik seine Arbeit der Information und Aufklärung, der Bildung und der Mobilisierung, der Zusammenarbeit mit engagierten Menschen und Organisationen.

Er kann die Aktivitäten vieler Gruppen koordinieren und strukturieren, denn er folgt einer klaren Linie der soliden Begründung von Initiativen und öffentlichen Erklärungen.

Gerade diese Tätigkeit des Zusammenführens unterschiedlicher Organisationen der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements wirkt im Land Rheinland-Pfalz über die Szene der Engagierten hinaus in Verwaltungen und Politik.

Die Dokumentationen des Migrationsprozesses, die Zusammenstellungen und Erläuterungen zur Entwicklung im Ausländer- und Asylrecht, die Analysen zu Folgen der Migrationspolitik – sie sind nicht nur für die solidarischen Gruppen wichtig, sondern zugleich eine Aufklärung für politische Instanzen und Verwaltungen.

Denn wer im Land Rheinland-Pfalz in diesen Fragen mitreden will, muss sich solide informieren – und auch dies findet er in den Texten des *Initiativausschusses*.

Wer sich orientieren will und an den rechtlichen Möglichkeiten der Unterstützung von Geflüchteten interessiert ist, greift auf die Informationen des „*Ini*“ zurück.

Er ist eine Instanz gesellschaftlicher Verantwortung und demokratischer Integrationspolitik.

Er ist Teil einer menschenfreundlichen Integrationsarbeit: engagiert, ethisch verpflichtet und analytisch reflektierend:

Ein Leuchtturm der menschenrechtlich fundierten Demokratie.

Roland Graßhoff

- langjähriger Geschäftsführer des Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz -



Schon seit Beginn der 90er Jahre war den meisten von uns bewusst, dass der Name *Initiativausschuss Ausländische Mitbürger in Rheinland-Pfalz (RLP)* nicht mehr den theoretischen Diskussionen und den aktuellen Anforderungen der praktischen Arbeit entsprach. Nach langen und bisweilen schwierigen Diskussionen einigten wir uns am 5. September 1996 auf den Namen *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz*.

Mit der Beibehaltung des zwar etwas sperrigen Begriffs *Initiativausschuss (Ini)* sollte der Kontinuität Tribut gezollt werden, das Wort Migrationspolitik sollte den Nachweis erbringen, dass wir uns auf der Höhe des Zeitgeschehens befinden.

Im Folgenden sollen einige politische Höhe- und bedauerlicherweise auch Tiefpunkte und besondere Aktivitäten des *Ini* den Weg in den Jahren zwischen 1996 und 2019 skizzieren.

Aktiv gegen Roland Kochs Kampagne gegen die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts: Anfang 1999 wollte der CDU-Politiker Roland Koch unbedingt die Landtagswahlen in Hessen gewinnen. Er startete eine Unterschriftenaktion gegen die von der damaligen rot-grünen Bundesregierung geplante Änderung des Einbürgerungsrechts; diese sah vor, dass in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten werden und die doppelte Staatsangehörigkeit leichter erlangt werden konnte. Mit der *„Doppelpasskampagne“* und dem Schüren von rassistischen Ressentiments im Wahlkampf konnte Roland Koch die Wahl gewinnen. Mit Informationsarbeit, öffentlichen Erklärungen und auch einer Plakataktion versuchten wir, zu einer Versachlichung der Diskussion zurückzukehren.

Mitarbeit in der *Rheinland-Pfälzischen Initiative für Integration (Rifi)* und im *Beirat der Landesregierung für Migration und Integration (BLMI)*: In der 2002 gegründeten *Rheinland-Pfälzischen Initiative für Integration (Rifi)* tagten zu Beginn unter der Leitung der Integrationsbeauftragten, später dann unter Leitung der Integrationsministerin, Vertreter*innen der einzelnen Landesressorts, im Migrationsbereich tätige Nichtregierungsorganisationen, der *DGB*, der *Landesverband der Volkshochschulen* sowie *Arbeit und Leben gGmbH*. Ab 2007 hieß *Rifi* dann *Beirat der Landesregierung für Migration und Integration.*

Mit Entschließungsanträgen und im Austausch mit den Beteiligten bemühten wir uns darum, auf die Politik der Landesregierung im Sinne einer verbesserten Integration Einfluss zu nehmen.

Gelungen ist uns dies u.a. im Vorfeld der Installierung der Härtefallkommission und mit einer Handlungsanweisung für die Verbesserung der aufenthaltsrechtlichen Stellung von Frauen, die von Gewalt oder Drohungen betroffen waren. Außerdem wurde auf unsere Initiative hin in Stellungnahmen des Ministeriums und im Integrationskonzept des Landes (2017) nicht mehr von *„Fremdenfeindlichkeit“*, sondern von *„Rassismus“* gesprochen.

Widerstand gegen den Versuch, Thilo Sarrazins rassistische Schmähschrift *„Deutschland schafft sich ab“* salonfähig zu machen: Der Mainzer Kabarettist Lars Reichow sollte Anfang 2011 den Orden als „*Mainzer Ranzengardist* erhalten. Ausgerechnet der SPD-Politiker Thilo Sarrazin, der kurz zuvor sein Pamphlet „*Deutschland schafft sich ab*“ veröffentlicht hatte, sollte die Laudatio halten.

Es entstand ein breiter gesellschaftlicher Protest, weil der sich mit seinem Buch offen als Rassist outende Sarrazin im Kurfürstlichen Schloss zu Mainz auftreten sollte. Als *Initiativausschuss* organisierten wir mit Unterstützung von Einzelpersonen für den 2. Januar 2011 eine Demonstration mit über 1000 Teilnehmenden vom Hauptbahnhof zum Kurfürstlichen Schloss.

In den Redebeiträgen von Gerhard Trabert und von Nurhayat Canpolat für den *Initiativausschuss* wurde das Verhalten der *Mainzer Ranzengarde* mit ihrem Generalfeldmarschall Johannes Gerster scharf kritisiert. In Stellungnahmen und Leserbriefen stritten wir uns mit dem CDU-Politiker u.a. über den Begriff *„Rassismus“* und die Gefahren, die von Sarrazins Thesen ausgehen.

Mit der Doppelpasskampagne von Roland Koch und dem Buch von Thilo Sarrazin wurden durch Politiker von CDU und SPD rassistische Diskurse losgebrochen bzw. verstärkt, lange bevor die AfD als Partei existiert hatte. Die großen Parteien wurden in den letzten Jahren also *„nicht nur“* von der AfD getrieben, sondern sie haben die Weichen für deren scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg selbst gestellt (auch Seehofer 2018: „*Migration ist die Mutter aller Probleme*“).

Aufklärungs- und Informationsarbeit gegen antimuslimischen Rassismus: Dem zunehmenden antimuslimischem Rassismus versuchten wir mit der Tagungsreihe *„Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen. Impulse für eine sachliche Diskussion über den Islam und Muslime in Deutschland“* zu begegnen. Ende des Jahres 2010 hatten wir in unserem Etat noch Geld, so dass uns Torsten Jäger als damaliger Geschäftsführer des Interkulturellen Rates in Deutschland e.V. ein überzeugendes Konzept entwerfen konnte, das von der Integrationsbeauftragten als Projektreihe gefördert wurde.

Am Vormittag fanden jeweils Grundsatzvorträge mit anschließender Diskussion statt, am Nachmittag wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen mit Unterstützung von Expert*innen bestimmte Bereiche (z.B. *„Muslimische Frauen in der deutschen Gesellschaft“* - *„Das Islambild in Deutschland und seine Folgen“* - *„Muslimische Kinder in der Schule“*) vertieft. Die neun Tagungen im Zeitraum von 2011 bis 2013 fanden in insgesamt acht Städten in Rheinland-Pfalz statt – mit jeweils sehr guter Resonanz.

Die Arbeit der Geschäftsführung des *Initiativausschusses* wurde von Anfang an von einem sehr kompetenten Sprecher*innenkreis mit Rat und Tat unterstützt und begleitet; drei- bis viermal im Jahr traf sich das Plenum und einigte sich auf die Schwerpunkte und Ziele des *Ini*.

Turnusmäßig führten wir alle 2 Jahre - immer vor Verabschiedung des Doppelhaushalts- Gespräche mit den Landtagsfraktionen über unsere aktuellen Forderungen/Vorschläge zur Migrationspolitik des Landes. Dem Plenum wurden in einem Entwurf die Inhalte dafür vorgelegt.

Weiteres regelmäßiges Thema waren Vorbereitungen und Berichte der Sitzungen des Migrations- und Integrationsbeirats auf Landesebene. Nicht zuletzt informierte der damalige Geschäftsführer über wesentliche rechtliche Änderungen im Aufenthalts- und Einbürgerungsrecht.

Einzelfallberatung und Veranstaltungen zu *rechtlichen* Fragen: Die Ausbildung des Geschäftsführers als Jurist führte dazu, dass in unzähligen Einzelfällen Fragen zu den unterschiedlichen rechtlichen Situationen von Menschen ohne deutschen Pass an ihn herangetragen wurden und bisweilen auch um praktische Unterstützung gebeten wurde.

Um nur ein Beispiel zu nennen: In Zusammenarbeit mit Regine Noll von *SOLWODI* und Astrid Ruppenthal vom *Frauen- bzw. Integrationsministerium* konnte eine kurdische Yezidin, die dem Heiratswunsch ihrer Eltern nicht nachkommen wollte und deshalb durch ihre Brüder massiv gefährdet war, unter teilweise dramatischen Umständen in Sicherheit gebracht werden.

Ende der 90er Jahre wurde der Bedarf an fundierten Informationen über relevante Rechtsgebiete im Migrations- und Integrationsbereich immer größer. Ganztägige Fortbildungsveranstaltungen zum Aufenthaltsrecht von Drittstaatsangehörigen machten den Anfang und richteten sich vorwiegend an hauptamtliche Berater*innen der Wohlfahrtsverbände. Seminare zum Staatsangehörigkeitsrecht stießen ebenfalls auf reges Interesse sowohl bei Personen in den Beratungsstellen als auch bei Einbürgerungswilligen. So beteiligte sich im Juli 2009 der Geschäftsführer des *Ini* als Referent zusammen mit dem Innenministerium und der Integrationsbeauftragten des Landes an der Einbürgerungskampagne des Landes mit drei Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeitende der kommunalen Einbürgerungsbehörden und der *Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz*.

Insbesondere durch den EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien im Jahre 2007 gab es in der Folge bei den Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände einen großen Bedarf, über die zum Teil sehr komplizierte rechtliche Situation dieser „*neuen*“ EU-Staatsangehörigen informiert zu werden.

Seit der Zuwanderung von sehr vielen Flüchtlingen im Sommer 2015 bildete deren rechtliche Situation den absoluten Schwerpunkt in der Vermittlung juristischer Kenntnisse. Im Herbst 2015 interessierten sich bei einer Bürgerversammlung in Alzey etwa 150 Bürger*innen dafür, warum die Menschen nach Deutschland geflohen sind und wie sich die rechtlichen Auswirkungen darstellen.

Zwischen 2015 und Herbst 2019 wurden in vielen Abendveranstaltungen von Bitburg bis Rodalben in der Pfalz ehrenamtlich Aktive darüber informiert, wie sie den Geflüchteten, die sie persönlich „*betreuten*“, eine erste Unterstützung geben konnten, um sie dann an hauptamtliche Beratungsstellen weiterzuleiten.

Für hauptamtliche Berater*innen wurden ganztägige Fortbildungen zu dem Themenkomplex angeboten. Vorwiegend für Bedienstete auf kommunaler Ebene wurden von der *Kommunalakademie Rheinland-Pfalz* ebenfalls ganztägige Seminare durchgeführt - bestritten vom Geschäftsführer des *Ini*.

Die immens umfangreiche Beratungs- und Fortbildungsarbeit ab 2015 konnte physisch und psychisch nur geleistet werden, weil ab März 2014 im *Ini* eine feste zweite Stelle mit Torsten Jäger als Kollege geschaffen werden konnte.

Der Rückblick auf meine Zeit als Geschäftsführer (bis Ende September 2019) fällt trotz der extrem schwierigen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen positiv aus.

Die Arbeit an der Seite von Torsten Jäger war ein einmaliger Glücksfall, mit dem Sprecher*innenkreis in seiner sehr kontinuierlichen Zusammensetzung zu arbeiten war eine Wohltat und ein Energiespender.

In ganz Rheinland-Pfalz habe ich fast nur haupt- und ehrenamtlich aktive Menschen kennengelernt, an die ich sehr gerne und mit guten Gefühlen zurückdenke.

Torsten Jäger

- Geschäftsführer des Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz -



Der nachfolgende Beitrag ist die Verschriftlichung des Redebeitrages von Torsten Jäger bei der „Jubiläumsveranstaltung" am 4. November 2026. Wir drucken ihn ab, weil er die vorangehende, von Roland Graßhoff vorgenommene, Bilanzziehung der Jahre 1996 bis 2019 für die darauffolgenden Jahre bis heute ergänzt und komplettiert.

Liebe Gäste,

ich habe lange überlegt, wie ich an die Reise von Roland Graßhoff durch den größten Teil der Geschichte des *Initiativausschusses* anschließen kann. Ich bin dafür bekannt, Reden eher zu überfrachten und dabei abzuschweifen, als beim Reden schlicht und fokussiert zu bleiben. Keine gute Eigenschaft, vor allem dann, wenn einem beim Rückblick auf Anhieb geschätzt 1.000 Dinge in den Kopf kommen, die getan wurden und die man für wichtig hält.

Wie beispielsweise die vielen **zivilgesellschaftlichen Bündnisse**, die wir geschlossen haben, um Missstände zu benennen, um Dinge einzufordern, die eigentlich selbstverständlich sein sollten und um Empfehlungen abzugeben, wie sie realisiert werden könnten:

- z.B. funktionierende und gut aufgestellte **Ausländer- und Einbürgerungsbehörden**, die sich in einem Einwanderungsland eher als Möglichmacher denn als Verhinderer verstehen sollten. Deshalb haben wir 2023 zusammen mit den Wohlfahrtverbänden, der *AGARP*, dem *Flüchtlingsrat RLP* sowie mit *INBI* und dem *ism* ein Empfehlungspapier erarbeitet und u.a. mit den Kommunalen Spitzenverbänden und im *Landesbeirat für Migration und Integration* diskutiert.
- z.B. die Bekämpfung des Schlepperwesens! Aber nicht durch immer neue Grenzregime, sondern durch die Öffnung von **sicheren und legalen Zugangswegen für Schutzsuchende**. Deshalb haben wir u.a. zusammen mit dem *DGB* und den *Evangelischen* sowie der *Katholischen Kirche in Rheinland-Pfalz* 2020 bei der Landesregierung ein *„Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge in Not“* eingefordert;
- z.B. der menschenrechtsbasierte **Anspruch auf ein diskriminierungsfreies Leben** unabhängig von der ethnischen Herkunft, dem Geschlecht, der Religion, einer Behinderung oder chronischen Erkrankung, dem Alter oder der sexuellen Identität. Und unabhängig vom Aufenthaltsstatus! Deshalb sind wir seit dem Jahr 2012 engagierte Mitgliedsorganisation des *Netzwerks diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz*. Und deshalb haben wir 2024 zusammen mit der *LIGA* und dem *Flüchtlingsrat RLP* Position zur Bezahlkarte für Geflüchtete bezogen und dazu das Gespräch mit kommunalen Verwaltungen, dem Integrationsministerium, der *Aufsichts- und Dienstleitungsdirektion (ADD)* und dem *Städtetag Rheinland-Pfalz sowie* mit dem Datenschutzbeauftragten des Landes gesucht.

- z.B. das Verständnis für die **Bedeutung von einklagbaren Grund- und Menschenrechten** und Sensibilität für die Gefahr, die von denen ausgeht, die sie in Frage stellen und bekämpfen. Deshalb haben wir in Veranstaltungsreihen im Jahr 2020 zusammen mit den *Verband der Volkshochschulen in Rheinland-Pfalz* und dem *Weiterbildungszentrum Ingelheim* gefragt, ob unser Grundgesetz gut 70 Jahre nach seiner Verabschiedung denn noch *„In guter Verfassung“* ist. Und deshalb haben wir in den Jahren 2023 bis 2025 zusammen u.a. mit der *AGARP* und dem *Integrationsbeauftragten* des Landes das Thema *„Rassismus in den Fokus“* genommen und im Jahr 2024 zusammen mit *PRO ASYL* und der *Diakonie Hessen* die Kampagne *„Noch kannst Du …“* gestartet.
- z.B. der Verzicht der demokratischen Parteien darauf, **Wahlkampf auf dem Rücken von Migrant*innen und Flüchtlingen** zu machen. Deshalb haben wir mit Wohlfahrtsverbänden und Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, Selbstorganisationen und anderen Menschenrechtsorganisationen seit weit über einem Jahrzehnt vor nahezu jeder Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahl in Rheinland-Pfalz die demokratischen Parteien zur Sachlichkeit und zum Verzicht auf Ressentiments aufgefordert und darauf hingewiesen, dass sie andernfalls das Geschäft von Demokratiefeinden besorgen. Dieses Jahr haben wir - bundesweit einmalig bisher - viele der demokratischen Parteien, die zur Landtagswahl angetreten sind, von einer entsprechenden Selbstverpflichtungserklärung überzeugen können.

Diese Bündnisarbeit - ich lasse an dieser Stelle bewusst offen, wo sie inhaltlich erfolgreich war und wo nicht - ist eines der drei Schlaglichter, die ich auf den *Initiativausschuss* und seine Geschichte der letzten Jahre werfen möchte.

Bündnisbereitschaft und Bündnisfähigkeit ist nicht immer einfach und oft sogar anstrengend. Aber in einer Zeit, die zur Vereinzelung und zum *„Jeder muss sehen, wo er bleibt!“* tendiert und in der Menschen- und Demokratiefeinde versuchen, berechtigte Interessen marginalisierter Gruppen gegeneinander auszuspielen, ist es eminent wichtig und politisch, gemeinsam und solidarisch zu agieren.

Die beiden anderen Schlaglichter - versprochen - gehen schneller.

- Wir haben uns intensiv darum bemüht, die **Debatten um *„Flucht und Asyl“* zu versachlichen und auf Faktenfüße zu stellen**. 2016 zum Beispiel haben wir dazu die Broschüre *„Sprachfähig in der Flüchtlingsdebatte“* veröffentlicht, in der wir gängige Zuschreibungen und Unterstellungen gegen Geflüchtete widerlegt haben. Vor den Kommunal- und Europawahlen 2024 haben wir zusammen mit dem *Flüchtlingsrat RLP* die Reihe *„Fakten statt Fake-News“* ins Leben gerufen und darin u.a. über die Arbeitsmarktintegration und die Wohnraumsituation von Geflüchteten und über den Zuwanderungsbedarf nach Rheinland-Pfalz informiert. Und wer unsere regelmäßigen Kurzinformationen kennt, weiß, dass wir auch darin immer wieder versuchen, verkürzenden Behauptungen mit Zahlen, Daten und Fakten entgegenzutreten.

  Erreicht haben wir damit wenig und viel zugleich: Wir haben erreicht, dass diejenigen weiter in der richtigen Tonlage im ewigen *„Migrationsdiskurs-Chor“* mitsingen können, die noch die Kraft und den Mut dazu haben. Nicht verhindern konnten wir, dass der Chor als Ganzes leider immer schriller und schräger, sprich immer rechtslastiger vor sich hin brüllt. Es ist trotzdem wichtig, diejenigen bei der

Stange zu halten, die richtig singen … jetzt und erst recht in der Zukunft, wenn die schrillen falschen Töne hoffentlich wieder abebben (müssen).

- Wir haben intensiv versucht, **diejenigen zu stützen, zu qualifizieren und zu begleiten, die Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie in Rheinland-Pfalz haupt- wie ehrenamtlich beraten**. Zum Beispiel im Jahr 2022 mit einer vierteiligen Fortbildungsreihe, in der es um das Staatsangehörigkeitsrecht, den Arbeitsmarktzugang, Wege aus der Duldung und den Zugang zu Sozialleistungen ging. Und seit 2023 hat der Initiativausschuss im Auftrag von Caritas und Diakonie die juristische Begleitung der Asylverfahrensberatung in den rheinland-pfälzischen Erstaufnahmeeinrichtungen übernommen.

  Erreicht haben wir damit wenig und viel zugleich: Wir haben es - anderes zu erwarten wäre wohl auch ans Pathologische grenzende Selbstüberschätzung - nicht geschafft, den kontinuierlichen Abbau der Rechte von geflüchteten Menschen in Europa, Deutschland und Rheinland-Pfalz aufzuhalten. Aber wir konnten immerhin dazu beitragen, dass Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie vor Ort in Rheinland-Pfalz kompetent beraten werden und deshalb vielfach wenigstens zu dem Recht kommen, das ihnen noch verbleiben ist.

Wenn ich von der juristischen Beratungsarbeit des Initiativausschusses spreche - die jährlich noch viele weitere Veranstaltungsangebote, hunderte Telefonate und Mailkontakte und zahlreiche „*Verteilermails*“ umfasst - dann spreche ich übrigens an keiner Stelle von mir und an jeder Stelle von meiner Kollegin Ann-Christin Bölter.

Womit ich beim „*Danke!*“ sagen wäre, das sich nicht nur gehört, sondern das mir an diesem besonderen Tag auch besonders wichtig ist. Ich bedanke mich also

- für die langjährige und verlässliche Förderung unserer Arbeit beim Land Rheinland-Pfalz und den Mitarbeitenden in der *Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz*;
- für ebenso langjährige und verlässliche Zuwendungen bei der *Diakonie Hessen, der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau*, dem *Caritasverband für die Diözese Trier e.V.*, dem *Bistum Mainz* und der *Lotto Rheinland-Pfalz – Stiftung* sowie
- bei den Mitgliedern und Spender*innen unseres Fördervereins, dem „*Verein zur Förderung der interkulturellen Arbeit in Rheinland-Pfalz e.V.*“.

Außerdem bedanke ich mich

- für die inhaltliche Begleitung der Arbeit in der Geschäftsstelle durch die *aktiven und ehemaligen Mitglieder unseres Sprecher*innenkreises* sowie
- für die die vielen Ermutigungen, Fürsprachen und Kooperationen, die uns mit so vielen Menschen und Organisationen in Rheinland-Pfalz über die Jahre verbinden.

Vor allem aber bedanke ich mich bei meinem Vorgänger in der Geschäftsführung, **Roland Graßhoff**, der den *INI* geprägt hat wie kein zweiter, und bei meiner Kollegin **Ann-Christin Bölter**, deren Kompetenz, Klugheit und Loyalität als rechtspolitische Referentin wie als Mensch und Kollegin ihresgleichen gerne suchen dürfen, aber kaum finden werden. Sie macht mir in den asyl- und migrationspolitisch bestenfalls grauen Zeiten, in denen wir leben und arbeiten, vieles, wenn nicht alles erträglicher. Dankeschön dafür, liebe Ann-Christin!



Günter Burkhardt

- Mitbegründer des Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz und Vorstandsmitglied von PRO ASYL (Beauftragter gegen Rechtsextremismus) -

Von der Gleichberechtigung für ausländische Arbeitnehmer*innen zur Verteidigung der demokratischen Grundrechte von allen

Der 30 Jahre *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* - gegründet, um die Gleichstellung von Migrant*innen zu erreichen. Der Einsatz für das kommunale Wahlrecht und einen sicheren Aufenthaltsstatus für Drittstaatsangehörige und der Kampf gegen Diskriminierung waren Schwerpunkte.

Er hat sich über die Jahre weiterentwickelt zu einem Kompetenzzentrum für die Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik in Rheinland-Pfalz. Er unterstützt haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen von zivilgesellschaftlichen Initiativen, Verwaltungen, Kommunen, Kirchen, Migrant*innenorganisationen und vielen anderen Stellen – vor Ort in den Kommunen, auf Landesebene und oft genug auch darüber hinaus.

Durch seine Beratungs-, Qualifizierungs-, Vernetzungs- und Informationsarbeit hat er seine „*Kund*innen*“ in die Lage versetzt, kompetent zu handeln und mit seiner beharrlichen Presse- und Überzeugungsarbeit hat er im Rahmen seine „*Advocacy Tätigkeit*“ Veränderung zum Besseren erreicht.

Unsere Gesellschaft basiert auf dem Gedanken der Solidarität, auf der Gleichheit und der Würde aller Menschen und auf einem Demokratiemodell, in dem Öffentlichkeit, eine unabhängige Justiz und die Presse- und Demonstrationsfreiheit wichtige Elemente sind, um Grundrechte umfassend zu verwirklichen.

Und die Arbeit des *Initiativausschusses* - und sein Einsatz für deren Bewahrung - beruht auf diesen verbrieften Grundrechten und auf einer Politik, die sich an diese Spielregeln hält.

Und heute? - Schon vor den Wahlerfolgen der extremen Rechten war zu spüren, das rationale und juristische Argumente in politischen und gesellschaftlichen Debatten fast ungehört verhallen. Anstatt in einem auf Einwanderung angewiesenen Land nach zukunftsweisenden Lösungen zu suchen, hat sich die Politik seit 2015 viel zu oft von der Angst treiben lassen, dass die extreme Rechte sie ablöst. Diese angstgetriebene Politik hat nicht nur das asyl- und migrationspolitische Geschäft der extremen Rechte besorgt, sondern sie immer stärker gemacht.

Längst müsste allen klar sein: Wenn demokratische Parteien Positionen der extremen Rechten übernehmen, um sie zu schwächen, funktioniert das nicht; die extreme Rechte wird dadurch nur stärker - nicht nur im Osten:

Ich komme aus einem Dorf aus der Pfalz, einer Region die von Abstieg und Strukturschwäche gekennzeichnet ist. Auch dort findet der Ruf nach einfachen Lösungen Widerhall. Und niemand möge glauben, dass große, von Vielfalt geprägte Städte - wie z.B. Mainz oder Frankfurt, wo ich jetzt lebe -, frei davon sind. Und wer es immer noch nicht wahrhaben will, der blicke in die (Vororte der) früheren Industriestandorte in Rheinland-Pfalz.

Wir leben in einer Zeit, in der wir alle, die für Demokratie und Menschenrechte eintreten, vor neuen Herausforderungen stehen.

Das Erstarken der extremen Rechten und demokratiefeindlicher Kräfte sind riesige Herausforderungen, die wir alle so noch nie erlebt haben. Machen wir uns nichts vor: Wir sind in einer Situation, in der systematische Angriff nicht lediglich auf den Staat und seine Institutionen, sondern auch auf die Zivilgesellschaft erfolgen.

Denn ihre hohe Glaubwürdigkeit im Gegensatz zu demokratischen Parteien - denen viele nicht mehr zuhören - und ihre immer noch große Mobilisierungsfähigkeit ist der extremen Rechten ein Dorn im Auge.

Sie wirft „*der*“ Zivilgesellschaft“ vor, parteiisch zu sein und für ihre Parteilichkeit staatliche Gelder zu nutzen. Dazu sage ich: *JA!* Die Zivilgesellschaft muss politisch - und ganz ausdrücklich: nicht parteipolitisch! - sein. Und sie muss parteiisch sein: Für die Unantastbarkeit der Menschenwürde, für die Unteilbarkeit der Menschenrechte und für demokratische Grundrechte, die Erfahrungen widerspiegeln, die sich nicht wiederholen dürfen.

Hierfür braucht es neben dem grundsätzlichen Bekenntnis der demokratischen Parteien zur zivilgesellschaftlichen Arbeit auch eine dauerhafte und zuverlässige staatliche Finanzierung sowie einen Rechtsrahmen, in dem Demokratie- und Menschenrechtsarbeit ohne Angst vor Gewalt oder vor Sanktionierungsversuchen wie z.B. dem Entzug der Gemeinnützigkeit geleistet werden kann.

Auf uns alle kommen große Herausforderungen im Kampf um die Bewahrung und Verteidigung einer demokratischen Gesellschaft zu, in der die Würde des Menschen, die Pressefreiheit, die Demonstrationsfreiheit und eine unabhängige Justiz gewährleistet werden. Dazu müssen wir raus aus den Silos der Fachpolitik und neue Formate entwickeln:

Ich selbst engagiere mich u.a. im Vorstand von *Pro Asyl* als Beauftragter gegen Rechtsextremismus und zunehmend - als Mitglied des Sprecherrates des *Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (BBE)* - auch im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements.

Ich rege deshalb konkret an, dass der *Initiativausschuss* das Positionspapier *„Zivilgesellschaft stärken – jetzt!“* des *BBE* unterstützt (siehe unter: www.b-b-e.de). Darin richtet das Netzwerk von fast 300 Organisationen und Institutionen aus Zivilgesellschaft, Staat, Wissenschaft und Wirtschaft vier Forderungen an die Politik, die in einer durch Rechtsextremismus bedrohten demokratischen Gesellschaft zur Verteidigung ihrer Grundwerte unverzichtbar sind:

- **Positive Zukunftsbilder** anstatt hemmender Krisenszenarien entwerfen und unterstützen;
- Die Vielfalt von Lösungsansätzen durch **Zivilgesellschaft überparteilich anerkennen**;
- **Nachhaltige Förderbedingungen** schaffen, die strukturell stabile zivilgesellschaftliche Arbeit gewährleisten;
- Das **Recht auf Engagement** in der Gesetzgebung verankern.

Dem *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* sage ich *„Vielen Dank!“* für seine jahrzehntelange überzeugende Arbeit als *das* zivilgesellschaftliche Kompetenzzentrum der Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz.

Gleichzeitig rege ich an, ihn zunehmend zu einem zivilgesellschaftlichen Kompetenzzentrum für Menschenrechte und Demokratie weiterzuentwickeln und dafür - über den Kernbereich der Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik hinaus - *„Banden und Bündnisse“* mit anderen sozialen Bewegungen zu bilden, die sich z.B. für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und für soziale Gerechtigkeit - kurz gesagt: für eine gute und demokratische Zukunft in Rheinland-Pfalz - engagieren.



Behrouz Asadi

- Menschenrechtsaktivist und ehemaliger Leiter des Migrationsbüros der Malteser in Rheinland-Pfalz, Hessen und dem Saarland -

Von den Anfängen bis heute - Solidarität bleibt unsere gemeinsame Aufgabe

- Persönliche Erinnerungen und Gedanken -

Wenn ich heute auf die Geschichte des *Initiativausschusses* zurückblicke, denke ich zuerst an die Anfänge, an persönliche Begegnungen, an engagierte Menschen und an die Überzeugung, dass gesellschaftliche Veränderungen nur durch gemeinsames Handeln möglich sind.

Ich erinnere mich noch gut an die damaligen Räumlichkeiten in Mainz, an ein kleines Zimmer, in dem ich meinen Kollegen Roland Graßhoff getroffen habe. Dort haben wir viele Gespräche geführt, Erfahrungen ausgetauscht, über konkrete Probleme diskutiert und gemeinsam nach Lösungen gesucht. Es waren vielleicht bescheidene räumliche Verhältnisse, aber getragen von großen Ideen, Menschlichkeit und dem Willen, etwas zu verändern.

Durch meine damalige Tätigkeit und mein Engagement als Mitbegründer der *Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL* war ich bereits in den frühen Jahren mit dem *Initiativausschuss* verbunden. Diese Verbindung war für mich nie nur eine organisatorische Zusammenarbeit. Der *Initiativausschuss* wurde zu einem festen Bestandteil meines gesellschaftlichen Engagements, meiner persönlichen Geschichte und meines Lebens in Mainz und Rheinland-Pfalz.

Was ich von Anfang an sehr geschätzt habe, war der Ansatz, nicht nur eine Initiative für Migrantinnen, Migranten und Geflüchtete zu sein, sondern *„gemeinsam mit der Gesellschaft für Menschenrechte, Gleichberechtigung und ein solidarisches Zusammenleben einzutreten.“*

Es ging nicht allein um Migration, sondern um die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Es ging um rechtliche, politische und soziale Verantwortung. Und es ging immer auch um den einzelnen Menschen. Denn hinter jeder Akte, jeder politischen Entscheidung und jeder Zahl steht ein menschliches Schicksal: *„Jeder Einzelfall zählt!“*

Der Perspektivwechsel, der 1996 auch im neuen Namen sichtbar wurde, war deshalb weit mehr als eine Umbenennung. Er brachte zum Ausdruck, dass Integration und gesellschaftliche Teilhabe keine einseitigen Aufgaben der Zugewanderten sind, sondern eine gemeinsame Verantwortung aller Menschen.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde vieles erreicht. Die Stimmen von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte sind sichtbarer geworden, gesellschaftliche Beteiligung und Vernetzung haben sich entwickelt. Doch wir erleben heute auch, wie schnell Errungenschaften infrage gestellt werden können. Menschenrechte, Solidarität und die Würde des Menschen dürfen niemals von Herkunft, Aufenthaltsstatus oder politischen Stimmungen abhängig gemacht werden.

Gerade deshalb brauchen wir den *Initiativausschuss* auch heute und in Zukunft. Seine unabhängige Stimme, seine Informations-, und Beratungsarbeit und seine Fähigkeit,

Menschen und Organisationen zusammenzubringen, sind weiterhin unverzichtbar.

Das habe ich auch in späteren Jahren immer wieder erlebt, etwa in der Zusammenarbeit während meiner Tätigkeit bei den *Maltesern* oder im Austausch und gemeinsamen Engagement im Zusammenhang mit den Demonstrationen für Menschenrechte im Iran.

Allerdings verlangt unsere Zeit auch neue Formen der Solidarität. Wir müssen die Menschen unterstützen, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen, Krieg, Verfolgung und Vertreibung werden. Wir müssen die Rechte von Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten verteidigen, Fluchtursachen stärker in den Blick nehmen und gleichzeitig die Solidarität innerhalb unserer Gesellschaft stärken.

Solidarität darf keine Einbahnstraße sein. Sie muss Menschen verbinden, Brücken bauen und über nationale, kulturelle und gesellschaftliche Grenzen hinausreichen.

Der Initiativausschuss sollte deshalb auch künftig unbequem sein dürfen, kritische Fragen stellen, politische Entwicklungen begleiten und dort seine Stimme erheben, wo Menschenrechte und Menschenwürde gefährdet sind.
Gleichzeitig sollte er neue Generationen und neue gesellschaftliche Bewegungen stärker einbeziehen und Räume für Begegnung, Austausch und gemeinsames Handeln schaffen.

Für mich ist der *Initiativausschuss* weit mehr als eine Organisation. Er ist ein Stück gelebter Geschichte, ein Ort der Begegnung und ein Ausdruck unserer gemeinsamen Verantwortung.

Ich bin dankbar, einen Teil dieses Weges von Anfang an miterlebt und mitgestaltet zu haben.

Mein Wunsch für die Zukunft ist, dass der *Initiativausschuss* seine Unabhängigkeit, seine Menschlichkeit und seinen Mut bewahrt – und auch weiterhin nicht nur *für* Menschen, sondern vor allem gemeinsam *mit* Menschen handelt.

Herzlichen Glückwunsch zu diesem Jubiläum und vielen Dank an alle, die diese wichtige Arbeit über Jahrzehnte getragen haben und bis heute fortsetzen.

Behrouz Asadi ist Sprecher der Bewegung „Woman, Life, Freedom“ (Frau, Leben, Freiheit) Germany e.V. und Mitbegründer der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL sowie des AK ASYL in RLP und des Mainzer Flüchtlingsrates. Für sein Engagement wurde er u.a. mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Pfarrer Albrecht Bähr

- amtierender Vorsitzender der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz e.V. -



Der *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz*, bzw. der *INI*, wie er landläufig genannt wird, steht seit 30 Jahren für Dialog, Mitgestaltung und eine engagierte Interessenvertretung in der Migrations- und Integrationspolitik unseres Landes.

Seine Geschichte ist eng mit der gesellschaftlichen Entwicklung Rheinland-Pfalz‘ verbunden: Mit zunehmender Vielfalt und dem Wandel hin zu einer Einwanderungsgesellschaft entstand die Notwendigkeit, die Perspektiven von Menschen mit Migrationsgeschichte stärker in politische Entscheidungsprozesse einzubringen. Der *Initiativausschuss* hat diesen Weg von Beginn an aktiv begleitet und entscheidend mitgeprägt.

Über viele Jahre hinweg hat sich der *Initiativausschuss* als verlässliche Stimme für Teilhabe, Chancengerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt etabliert. Er hat Debatten angestoßen, Impulse für die Landespolitik gegeben und Brücken zwischen Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und den vielfältigen migrantischen Organisationen geschlagen. Dabei war sein Wirken stets geprägt von dem Anspruch, nicht nur auf Herausforderungen hinzuweisen, sondern gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln.

Der *INI* war und ist etwas Besonderes, nicht nur wegen der Menschen, die dort arbeiten, sondern weil mehrere Funktionen in einer Organisation gebündelt sind:

Er ist *das* Netzwerk zahlreicher Verbände und Migrant*innenorganisationen: Der *INI* bildet die Plattform für den Austausch unterschiedlicher migrationspolitischer Akteure im Land und ist hier unverzichtbar für die Vernetzung auf Landesebene.

Er ist *die* migrationspolitische Interessensvertretung auf Landesebene: Der *INI* bündelt die Anliegen und Interessen der unterschiedlichen Gruppierungen und Organisationen und vertritt diese, kompetent und nachhaltig, gegenüber der Landesregierung und anderen politisch Verantwortlichen.

Beratung von Multiplikator*innen: Der *INI* berät und begleitet Mitarbeitende von NGO, Verbänden, Ehrenamtliche und viele andere, die sich im Land engagieren. Er ist somit unverzichtbarer Bestandteil der Arbeit vor Ort.

Fortbildung und Qualifizierung: Dies ist ein weiterer Schwerpunkt der vielfältigen Arbeit des *Initiativausschusses*, der insbesondere von seiner rechtspolitischen Referentin Ann-Christin Bölter wahrgenommen wird. Ihre juristische Expertise bringt sie in zahlreichen Fort- und Weiterbildungen ein und schult die haupt- und ehrenamtlich Arbeitenden in Rheinland-Pfalz.

Als *LIGA*-Vertreter möchte ich noch betonen, dass Frau Bölter auch die juristische Begleitung der Mitarbeitenden von *Caritas* und *Diakonie* in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende (AfA) des Landes hervor-

ragend wahrnimmt. Ohne sie könnten wir diese Arbeit vor Ort nicht leisten.

Last, but not least: Der *INI* ist regelmäßig federführend bei der **Erarbeitung von Stellungnahmen und Positionspapieren**: Hier kommen die schon erwähnte juristische Expertise von Frau Bölter und die Formulierungsstärke von Torsten Jäger, dem Geschäftsführer des INI, zusammen.

Und, das möchte ich auch betonen: oft werden wir *LIGA*-Verbände erst durch das Engagement und die Anfrage des *INI* zur Zusammenarbeit auf bestimmte Problematiken aufmerksam gemacht. Auch die vielfach gemeinsame Pressearbeit von *INI*, *Flüchtlingsrat RLP* und *LIGA* ist an dieser Stelle hervorzuheben.

Wir leben in besonders herausfordernden Zeiten. Das gesellschaftliche Klima ist gegenüber Geflüchteten und Migrant*innen vielfach feindselig; demokratische Strukturen geraten durch Populismus und Nationalismus unter Druck. Gerade deswegen sind Nichtregierungsorganisationen wie der *Initiativausschuss* so wichtig.

Migration, Integration und Teilhabe werden auch künftig zentrale Themen unseres Zusammenlebens sein.

Fragen der Fachkräfteeinwanderung, der gleichberechtigten Teilhabe, der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung sowie der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts verlangen nach einem kontinuierlichen Dialog und einer starken Interessensvertretung.

Der *Initiativausschuss* wird auch künftig eine wichtige Rolle dabei spielen, diese Entwicklungen konstruktiv zu begleiten. Seine langjährige Erfahrung, seine breite Vernetzung und das Engagement der Menschen, die ihn tragen, bilden ein starkes Fundament.

Für diesen Weg wünsche ich als Vertreter der *LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz* dem *INI* weiterhin viel Erfolg, engagierte Mitstreiter*innen sowie Kraft und den Mut, die Herausforderungen der Zukunft mit Zuversicht und Gestaltungswillen anzugehen.

Wir brauchen den *INI* als wichtige Stimme für Menschen, die zu verstummen drohen. Wir brauchen ihn als Anwalt gerade jetzt in einer Zeit, in der demokratische Grundwerte zu bröckeln beginnen.



Gregor Bell

- Leiter des Fachdienstes für Migration und Integration beim Caritasverband Koblenz e.V. -

Liebes Team des *Initiativausschusses*,

als die Initiative Anfang der 1980er-Jahre gegründet wurde, konnten sich die damaligen Akteurinnen und Akteure vermutlich kaum vorstellen, dass sie sich 1996 auf ganz Rheinland-Pfalz ausweiten, ihr thematisches Profil weiterentwickeln und bis heute bestehen würde.

Bei der Verabschiedung von Roland Graßhoff, einem der prägenden Wegbegleiter des *Initiativausschusses*, in den Ruhestand im Jahr 2019 ließ sich die Aufbruchsstimmung der damaligen Zeit in Teilen noch einmal nachempfinden.

Der *Initiativausschuss* in seiner heutigen Gestalt entstand in einer Zeit, in der Fragen von Flucht, Asyl und Migration politisch stark umkämpft waren. Die Folgen des sogenannten *„Asylkompromisses“* von 1993, die Aufnahme zahlreicher Schutzsuchender aus den Kriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawiens und die weiterhin verbreitete Vorstellung, Deutschland sei kein Einwanderungsland, prägten die migrationspolitische Debatte. Der Initiativausschuss setzte sich damals zum Ziel, ein gleichberechtigtes Zusammenleben der in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländerinnen und Ausländer sowie ein solidarisches Zusammenleben von Deutschen und Zugewanderten zu fördern.

Trotz zahlreicher Publikationen, Schulungen, Veranstaltungen und Plenumssitzungen ist das Thema nach wie vor aktuell – und vielleicht nötiger denn je.

Die politische und gesellschaftliche Diskussion zeigt einen ambivalenten Umgang mit Einwanderung: Auf der einen Seite sind Fachkräfte willkommen; auf der anderen wird häufig so getan, als bestehe der übrige Teil der zugewanderten Bevölkerung vor allem aus Menschen, deren Einreise verhindert werden müsse.

Andere wiederum erklären Migration zur Ursache nahezu aller gesellschaftlichen Schwierigkeiten und fordern, sie künftig zu verhindern oder sogar rückgängig zu machen.

Der *Caritasverband Koblenz* unterstützt mit seinem Migrationsdienst seit Jahrzehnten Menschen in Koblenz und Umgebung bei ihren individuellen Anliegen. In unserer täglichen Arbeit spiegelt sich die politische Debatte unmittelbar wider – etwa in der Auseinandersetzung mit der geltenden Gesetzeslage und ihrer Umsetzung. Wir bieten individuelle Unterstützung und suchen gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern vor Ort nach Lösungen.

Mit dem *Initiativausschuss* verbindet uns eine langjährige Zusammenarbeit und Kooperation. Durch Schulungen, Veranstaltungen und fachliche Beratung trägt er wesentlich zu unserer Expertise bei. Zugleich bringt er die Erfahrungen und Problemlagen aus der Praxis in die Politik ein und macht sie mit seinen Publikationen in der Gesellschaft sichtbar.

Es ist ermutigend, dass sich auch heute Menschen engagiert dieser Arbeit widmen und sich trotz aller Schwierigkeiten nicht

entmutigen lassen. Eine sachliche, menschenrechtsorientierte Stimme wird weiterhin gebraucht, damit alle Menschen in Rheinland-Pfalz gleichberechtigt teilhaben können.

Mit Torsten Jäger und Ann-Christin Bölter wird das Engagement des Initiativausschusses in diesem Sinne fortgeführt.

Auch wenn es uns im Arbeitsalltag nicht immer gelingt, jede *„Kurzinformation des Initiativausschusses*" zu lesen, schätzen wir die sorgfältigen Recherchen und die lebendige, manchmal auch ausführliche Art, mit der darin migrationspolitische Themen eingeordnet werden. Sie helfen uns, unsere Erfahrungen aus der Einzelfallarbeit besser einzuordnen, und regen zum Nachdenken an.

Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit und wünschen Euch die nötige Energie, Euren wichtigen Einsatz fortzuführen und sich nicht entmutigen zu lassen.

Eveline Breyer

- Oberbürgermeisterin der Stadt Ingelheim -



30 Jahre *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* sind eine beindruckende Wegmarke! Gerne nehme ich dieses Jubiläum zum Anlass, zu gratulieren und Danke zu sagen: für drei Jahrzehnte engagierter Arbeit, für fachliche Kompetenz, für Beharrlichkeit und für eine klare menschenrechtliche Haltung.

Aus meiner Sicht als Oberbürgermeisterin zeichnet sich der *Initiativausschuss* insbesondere durch vier Stärken aus, die für die kommunale Integrationsarbeit von besonderer Relevanz sind:

Der *Initiativausschuss* gibt Orientierung in einem dynamischen Feld: In drei Jahrzehnten hat sich nicht nur unsere Gesellschaft verändert. Die Migrations- und Integrationspolitik war in den letzten Jahren hochdynamisch. Auch die Rechtslage wurde immer unübersichtlicher. Das deutsche und das europäische Migrations- und Integrationsrecht verändern sich fortlaufend und oft sehr grundlegend. Neue gesetzliche Regelungen, veränderte Zuständigkeiten und politische Weichenstellungen wirken sich unmittelbar auf die Praxis vor Ort aus.

Umso wichtiger sind Partner wie der *Initiativausschuss*, die diese Entwicklungen fachlich einordnen, kommunale Erfahrungen aufgreifen und Orientierung geben. Der *Initiativausschuss* stärkt die Arbeit in den Kommunen, indem er Praxiswissen bündelt, berät und qualifiziert sowie Arbeitshilfen und Expertise zu migrations- integrations- und aufenthaltsrechtlichen Fragen zur Verfügung stellt. Wir in Ingelheim profitieren seit Jahren sehr davon.

Der *Initiativausschuss* stärkt die kommunale Perspektive: Integration entscheidet sich vor Ort. Sie findet statt in unseren Kommunen – in Kindertageseinrichtungen und Schulen, in Vereinen, auf dem Wohnungsmarkt, in Betrieben, in Nachbarschaften und bei uns in der Verwaltung. Sie zeigt sich dort, wo Menschen miteinander leben, arbeiten und Verantwortung für die Stadtgesellschaft übernehmen.

Der *Initiativausschuss* sorgt dafür, dass Erfahrungen aus der Zivilgesellschaft und aus den Kommunen Eingang in politische Entscheidungen finden.

Besonders freue ich mich, dass mit Dr. Dominique Gillebeert auch eine Kollegin aus Ingelheim im Sprecher*innenkreis des Initiativausschusses mitwirkt. Dieses Engagement ist ein großer Gewinn – für den Initiativausschuss ebenso wie für unsere Kommune. Denn dadurch fließen Erfahrungen und Perspektiven aus der Arbeit vor Ort unmittelbar in die landesweite Diskussion ein. Zugleich profitieren auch wir in der Kommune von diesem Austausch, von fachlichen Impulsen, von Vernetzung und von einem vertieften Blick auf aktuelle Entwicklungen.

Nicht zuletzt verleiht der *Initiativausschuss* Menschen und Anliegen eine Stimme, die sonst allzu oft überhört werden. Das ist

wichtig: eine Stadtgesellschaft lebt davon, dass Menschen sich gesehen, gehört und beteiligt fühlen.

Der *Initiativausschuss* baut starke Netzwerke auf: Wenngleich Kommunen die zentralen Orte sind, wo Integration stattfindet, so brauchen wir gleichzeitig viele Partner*innen.

Wir brauchen Menschen und Organisationen, die Brücken bauen, unterschiedliche Perspektiven zusammenbringen und sich konsequent für Teilhabe, Gleichberechtigung und ein gutes Zusammenleben einsetzen. Kommunale Integrationsarbeit braucht starke Netzwerke. Gerade deshalb ist die Arbeit des *Initiativausschusses* seit nunmehr 30 Jahren so wertvoll.

Er ist ein wirkungsvolles landesweites Netzwerk der Migrationsarbeit in Rheinland-Pfalz. Er verbindet kommunale Beiräte für Migration und Integration, Wohlfahrtsverbände, Projekte, Migrant*innenorganisationen, interkulturelle Initiativen und Verwaltungen. Er ermöglicht Austausch, über die Grenzen einzelnen Kommunen hinweg, macht gute Lösungen sichtbar und führt unterschiedlichen Erfahrungen zusammen.

Der *Initiativausschuss* versachlicht Debatten: Wenn ich auf die Entwicklung des Zusammenlebens von Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationsbiografie in Rheinland-Pfalz blicke, dann tue ich das gleichzeitig mit Zuversicht und einer gewissen Sorge.

Integration, das zeigen die vergangenen Jahrzehnte, gelingt. Ingelheim ist wie viele andere Kommunen in Rheinland-Pfalz vielfältiger, offener und internationaler geworden. Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtbiografie sind selbstverständlicher Teil unserer Stadtgesellschaft.

Sie prägen unser Zusammenleben mit, übernehmen Verantwortung und bereichern unser Gemeinwesen auf vielfältige Weise. Es gelingt manchmal weniger und manchmal mehr, Konflikte, die unweigerlich damit einhergehen, konstruktiv zu lösen oder auszuhalten.

Gleichzeitig erleben wir, dass das gesellschaftliche Klima rauer geworden ist. Über Migration und Integration wird häufig sehr zugespitzt und emotional diskutiert. Hier hat der *Initiativausschuss* immer wieder dazu beigetragen, Debatten zu versachlichen, Erzählungen über Integration zu differenzieren, Fakten zugänglich zu machen und den Blick auf die Menschen hinter politischen Begriffen zu richten. Der *Initiativausschuss* bringt Menschen ins Gespräch, auch und gerade da, wo Diskussionen schwierig sind.

Für mich steht fest: Den *Initiativausschuss* braucht es auch in Zukunft – und vielleicht heute mehr denn je. Es braucht eine starke, sachkundige und zugleich solidarische Stimme, die Kommunen, Politik und Zivilgesellschaft miteinander ins Gespräch bringt.

Für die Zukunft wünsche ich mir, dass wir diesen Weg gemeinsam weitergehen: im engen Austausch zwischen Land und Kommunen, zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft, zwischen Haupt- und Ehrenamt – und vor allem gemeinsam mit den Menschen, um die es geht.

Auf viele weitere gemeinsame und engagierte Jahre!

Copyright des Autorenfotos:
Rainer Oppenheimer

Lisa Diener

- Geschäftsführende Direktorin des Städtetags Rheinland-Pfalz -



30 Jahre *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* sind ein guter Anlass, nicht nur zurückzublicken, sondern auch nach vorn zu schauen. Denn die Fragen rund um Migration, Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt haben sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert. Einfacher geworden sind sie leider nicht.

Aus kommunaler Sicht hat sich dabei vor allem eines gezeigt: Migrationspolitik wird vor Ort konkret. In unseren Städten entscheidet sich, ob Menschen Zugang zu Wohnraum, Bildung, Arbeit und sozialer Teilhabe finden, ob Integration gelingt und wie das Zusammenleben in einer vielfältiger werdenden Stadtgesellschaft funktioniert. Zugleich erleben die Kommunen unmittelbar, wo politische Vorgaben auf praktische Grenzen stoßen und es an ausreichenden Ressourcen und verlässlichen Rahmenbedingungen fehlt.

Der *Initiativausschuss* hat diese Entwicklung über viele Jahre kritisch begleitet und dabei immer wieder die Perspektiven von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte in die politische Debatte eingebracht. Für uns als Städtetag war und ist er deshalb ein wichtiger Gesprächspartner. Dabei waren unsere Positionen keineswegs immer dieselben.

Bei manchen Fragen lagen unsere Forderungen deutlich auseinander, teilweise waren sie sogar konträr – zuletzt etwa bei der Diskussion um die Einführung einer Bezahlkarte. Gerade dann war der Austausch wichtig, da unterschiedliche Perspektiven miteinander ins Gespräch gebracht wurden. Für uns ist dabei nicht nur der direkte Austausch mit dem *Initiativausschuss* von Bedeutung, sondern ebenso dessen langjährige, gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit kommunalen Akteuren - von Integrationsbeauftragten bis hin zu politischen Entscheidungsträgern.

Das ist aus meiner Sicht eine der Stärken des *Initiativausschusses*: Er mischt sich ein, vernetzt Akteure, bringt Fachwissen und Erfahrungen zusammen und hält den Blick auf diejenigen gerichtet, die von migrationspolitischen Entscheidungen unmittelbar betroffen sind. Der kommunale Blick ist ganz ähnlich, er wird noch ergänzt um die Frage, wie politische Entscheidungen vor Ort umgesetzt werden können und welche Voraussetzungen Städte dafür brauchen.

Beide Perspektiven sind wichtig. Und sie müssen bzw. können nicht immer zu denselben Forderungen führen. Braucht es den *Initiativausschuss* auch in Zukunft? Ja, gerade weil migrationspolitische Debatten zunehmend kontrovers geführt werden, braucht es Akteure, die fundiert Position beziehen, Entwicklungen kritisch begleiten und den Dialog für die betroffenen Menschen zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft suchen.

Zum 30-jährigen Bestehen gratuliere ich dem *Initiativausschuss* sehr herzlich. Ich danke für die langjährige Gesprächsbereitschaft und den offenen, auch kontroversen Austausch. Für die kommenden Jahre wünsche ich weiterhin Mut zur Einmischung, fachliche Klarheit und die notwendige Beharrlichkeit.





Ute Friedrich

- Direktorin des Verbands der Volkshochschulen von Rheinland-Pfalz e.V. -

Liebe Freundinnen und Freunde,

herzlichen Glückwunsch zum 30. Geburtstag des *Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz*! Wir freuen uns sehr, dieses Jubiläum mit euch zu begehen und danken euch für drei Jahrzehnte engagierter Arbeit, die das Zusammenleben in unserem Land nachhaltig mitgeprägt hat. Rückblickend zeigt sich: Das Wirken des *Initiativausschusses* ist ein Bestandteil der rheinland-pfälzischen Zivilgesellschaft, auf das wir stolz sein können.

Die Entwicklung des *Initiativausschusses* von seinen frühen Formen als *Initiativausschuss Ausländische Mitbürger in Mainz und Rheinland-Pfalz* hin zur heutigen Organisation mit landesweitem Aktionsradius *und* mit einem veränderten Verständnis von Integration ist bemerkenswert. Die Entscheidungen der Mitgliederversammlungen im September und November 1996 markieren dabei wichtige Weichenstellungen: Sie stehen für einen begrifflichen und inhaltlichen Perspektivwechsel, der Integration nicht als Einbahnstraße, sondern als dynamischen Prozess begreift, der sowohl Einwandernde als auch Aufnahmegesellschaft fordert und - bei gelingender Praxis - bereichern kann.

Als Volkshochschulen begleiten wir Integrationsprozesse seit vielen Jahren mit konkreten Angeboten: Sprachkurse, Begegnungs- und Integrationsveranstaltungen, Nachholen von Schulabschlüssen, Praktika und Maßnahmen zum Wiedereinstieg in den Beruf — besonders wichtig für Frauen.

Wir setzen uns kulturell und politisch für Vielfalt und Teilhabe ein und haben Themen wie *Diversity* fest in unseren Programmen verankert.

Seit 2005 konnte vieles davon durch bundesweite Projektförderungen modellhaft aufgebaut und im Land weiter gefördert werden. Rheinland-Pfalz hat damit nachhaltige Strukturen mitgestaltet und erfolgreich weiterentwickelt.

Gleichzeitig sehen wir wachsende Herausforderungen: Die bundespolitische Entwicklung seit Ende 2025 hat die Rahmenbedingungen deutlich verschlechtert; die Stimmungslage im Land ist angespannter geworden. Das macht die Arbeit für alle Beteiligten schwieriger und erhöht gleichzeitig die Bedeutung verlässlicher fachlicher Orientierung und solidarischer Kooperation.

Vieles, was über die Jahre erreicht wurde, ist nicht selbstverständlich und kann verloren gehen, wenn nicht kontinuierlich gewehrt, erklärt und verteidigt wird.

Die Rolle des *Initiativausschusses* bewerten wir dabei als zentral: Er liefert fachliche Einordnungen, macht gesetzliche Veränderungen verständlich, organisiert gemeinsames Handeln und schafft Räume für Vernetzung und gegenseitige Unterstützung.

Gerade weil das Thema nicht überall populär ist und immer wieder Angriffen ausgesetzt sein kann, ist eine solche verlässliche Stimme von hoher politischer und gesellschaftlicher Relevanz.

Für die Volkshochschulen war und ist der Austausch mit dem *Initiativausschuss* auch sehr praktisch bedeutsam: Wir konnten Fragen zur Teilnahmeregelung an Kursen, zur Finanzierung und zu neuen Bestimmungen klären — z. B. zur Bezahlkarte oder zur Frage, wer für welche Kurse zugelassen ist. Diese fachliche Orientierung hat unsere Arbeit unmittelbar gestützt und unseren Teilnehmerinnen und Teilnehmern geholfen.

Wir sind überzeugt: Den *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* braucht es auch künftig. Seine Beratungs-, Qualifizierungs-, Vernetzungs- und Informationsangebote sind heute dringender denn je.

Denn in der aktuellen Lage benötigen sowohl die Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie als auch die Institutionen verlässliche Unterstützung, Begleitung und eine klare Stimme, die Politik und Gesellschaft gleichermaßen anspricht.

Für die Zukunft wünschen wir uns eine noch engere Zusammenarbeit: gemeinsames argumentatives Vorgehen, verstärkte Koordination in Projekten und Programmen sowie eine noch deutlicher sichtbare Bündelung von Expertise. Es gilt, die vorhandenen Erfolge zu sichern, gesellschaftliche Solidarität zu stärken und neue Antworten auf verschärfte politische Rahmenbedingungen zu entwickeln.

Bildung, berufliche Eingliederung, kultureller Austausch und politische Bildung bleiben dabei Schlüsselthemen — und hier sollten wir noch stärker vernetzt und sichtbarer agieren.

Wir freuen uns darauf, mit euch dieses Jubiläum zu feiern und dabei zurückzublicken und nach vorne zu schauen.



Kemal Gülcehre

- Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP) -

Drei Jahrzehnte *Initiativausschuss* – das bedeutet drei Jahrzehnte Haltung, Ausdauer und politische Klarheit. Als Vorsitzender der *Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP)* blicke ich mit großem Respekt auf die Arbeit zurück, die der *Initiativausschuss* seit seiner Gründung geleistet hat. Vieles von dem, was heute in unserem Land als selbstverständlich gilt, wäre ohne Euch nicht entstanden. Und manches von dem, was wir morgen brauchen werden, wird ohne Euch nicht gelingen.

Der *Initiativausschuss* war immer mehr als ein Gremium oder ein Zusammenschluss engagierter Menschen. Er war und ist ein moralischer Kompass für die Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz – eine Stimme, die nicht nur Missstände benennt, sondern konkrete Wege aufzeigt, wie Teilhabe, Gleichberechtigung und demokratische Mitgestaltung gelingen können. Wenn es Euch nicht längst gäbe, müsste man Euch erfinden. Denn Ihr habt Räume geöffnet, in denen Menschen mit Migrationsgeschichte nicht nur vorkommen, sondern mitgestalten.

Für uns als *AGARP* und für die kommunalen Beiräte im Land seid Ihr seit Jahren ein verlässlicher Partner.

Viele unserer heutigen Strukturen, Debatten und Fortschritte stehen auf einem Fundament, das Ihr gelegt habt: die konsequente Einbindung migrantischer Perspektiven, die Stärkung kommunaler Teilhabe, die klare Haltung gegen Diskriminierung und die Überzeugung, dass Demokratie nur dann stark ist, wenn alle ihren Platz darin finden.

Gleichzeitig ist dieses Jubiläum auch ein persönlicher Moment. Denn wer mit Euch zusammenarbeitet, weiß: Ihr seid nicht nur fachlich stark, sondern menschlich. Ihr hört zu, Ihr fordert heraus, Ihr bleibt dran. Ihr seid unbequem, wenn es nötig ist, und verbindend, wenn es wichtig ist. Diese Mischung macht Euch einzigartig – und sie macht Euch zu einem unverzichtbaren Teil der politischen Landschaft in Rheinland-Pfalz.

Zum 30-jährigen Bestehen gratuliere ich Euch im Namen der *AGARP* und der kommunalen Beiräte von Herzen.

Wir freuen uns auf die nächsten Jahre der Zusammenarbeit, auf gemeinsame Projekte, auf klare Worte und auf mutige Schritte. Denn Rheinland-Pfalz braucht Euch – und wir brauchen Euch.

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum. Auf die nächsten drei Jahrzehnte.

Nino Haase

- Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz -



Sehr geehrter Herr Jäger, sehr geehrte Frau Bölter, sehr geehrte Mitglieder des Sprecher:innenkreises, Unterstützer:innen und Wegbegleiter:innen *des Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz*!

Sehr herzlich möchte ich zum 30jährigen Bestehen gratulieren. In der Ehe gilt die Dreißig als Perlenhochzeit und man feiert drei Jahrzehnte Beständigkeit und Reife. Der Name symbolisiert die vergangenen Jahre, die sich wie wertvolle Perlen an einer Kette aufreihen, und er steht für Geduld und Tiefe.

Auch beim *Initiativausschuss* reiht sich die beständig hochwertige Arbeit von Jahr zu Jahr aneinander. Das funktioniert nur, weil der *Initiativausschuss* sich als scharfer Beobachter der aktuellen Integrationspolitik und kritisches Sprachrohr der zugewanderten Menschen insbesondere gegenüber Politik und Mehrheitsgesellschaft sieht.

Alle relevanten Themen, seien es Einbürgerung, Antidiskriminierung, Interkulturelle Öffnung oder Chancengleichheit wurden vom *Initiativausschuss* bearbeitet und durch Positionspapiere, Aufrufe oder auch Fortbildungsworkshops in die Öffentlichkeit getragen. Immer mit dem warnenden Zeigefinger „*Da geht noch mehr!*“ und auf einem klug aufbereiteten Fundament fußend.

Dass der *Initiativausschuss* von den bisherigen rheinland-pfälzischen Landesregierungen inhaltlich eingebunden wurde - sei es in die Vorbereitungen zu den landesweiten Wahlen der kommunalen Beiräte für Migration und Integration, sei es in Veranstaltungsreihen wie „*Rassismus im Fokus*“ - und in seiner Arbeit gefördert wird, ist auch ein ehrenwertes Zugeständnis der Landespolitik.

Denn nicht jede Regierung leistet sich für ihre integrationspolitische Arbeit einen Seismografen und freundlich-kritischen Mahner. Daher wünsche ich dem *Initiativausschuss* weiterhin eine gebührende institutionelle Honorierung der wertvollen Arbeit.

Als *Landeshauptstadt Mainz* ist es ein Gewinn, so eine anerkannte Institution in unserer Stadt zu wissen. Sowohl für unseren *Beirat für Migration und Integration* wie auch für das *Büro für Interkulturelles und Arbeitsmarktförderung* ist der *Initiativausschuss* seit seiner Gründung ein wertvoller und verlässlicher Kooperationspartner; gerne stoßen wir auf die bisherige Zusammenarbeit an und hoffen auf weitere ergiebige Jahre.

Mit den besten Wünschen,

Ihr



Nino Haase,

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz

Elisabeth Henn

- Initiative *Kulturbuntes Bodenheim* -



Unterstützung vor Ort und Lobby im Land

Herzlichen Glückwunsch Rheinland- Pfalz!

Es war damals Deine Entscheidung, vor Krieg, Gewalt und Hunger Fliehenden rasch ein neues Zuhause außerhalb großer Erstaufnahmelager anzubieten. Gerade in eher ländlichen Regionen konnten Familien und Einzelpersonen in kleinen Häusern, teils auch privaten Wohnungen unterkommen, zur Ruhe kommen, sich orientieren und integrieren.

Seit 2014 begrüßten Bodenheimer:innen die zugwanderten Menschen aus Afghanistan, Ägypten, Armenien, Eritrea, Iran, Mazedonien, Pakistan, Rumänien, Somalia und Syrien zumeist freundlich. Die Kommune bot jedem ein bescheidenes Obdach, eine minimale Grundsicherung, die medizinische Notversorgung. Die Kleinen sollten die Kita besuchen. Ab 6 Jahren galt bereits damals Schulpflicht.

Zugleich jedoch irritierten integrationsfeindliche Bedingungen, weil weithin der Zugang zu Sprachkursen verwehrt blieb, Arbeitsverbote erteilt wurden, kurzfristige Duldungen und Ängste vor Abschiebungen jede Lebensplanung behinderten.

Den Ankommenden fehlte eine Tagesstruktur, während sie in schlaflosen Nächten um ihre Angehörigen in der Heimat bangten.

Ohne Demokratieerfahrung aus ihren Herkunftsländern trafen Geflüchtete nun im Landkreis Mainz-Bingen auf teils überlastete Behörden, die restriktiv kommunizierten und handelten, rechtliche Ermessensspielräume nicht nutzten.

Schutzbegehrende erlebten Déjà-vus. Ein Grundvertrauen in die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wurde so nicht gefördert.

Konnte das gut gehen? Blieben alteingesessene Nachbar:innen tolerant? Oder nähmen Ressentiments im wohlhabenden Bodenheim überhand, Beschwerden über junge Männer, die am helllichten Tage entgegen der Fahrtrichtung durch Bodenheim radeln, Klagen über nächtliche Ruhestörungen durch lautstarkes arabisches Telefonieren im alten Ortskern, Befremden über Männer, die Frauen den Handschlag und Frauen, die Männern den Blick verweigern, Verärgerung über sich prügelnde Kinder und ach, über die unzureichende Mülltrennung?

Flammten Ängste auf, wenn globale soziale Gefälle plötzlich nicht mehr nur am Bildschirm ins Unterbewusstsein dringen, sondern Tür an Tür, am Bahnhof, im Schulhof, an den Ladenkassen spürbar werden? Käme es irgendwann auch in Bodenheim zu einem Hoyerswerda, zu migrationsfeindlichen rassistischen Übergriffen?

Ein abenteuerlicher Haken bei der kommunalen Unterbringung sei erwähnt: Die Integrationspolitik der Landesregierung drohte zu überfordern, da professionelle Strukturen fehlten, z. B. Sozialarbeiter: innen in den Kommunen, Hausmeister:innen für angemietete Unterkünfte, Sprachmittler:innen, Psycholog:innen wie auch geschulte Mitarbeitende in den Behörden, überhaupt ein angemessener Personalschlüssel. Die Lücke füllte zunächst ausschließlich das Ehrenamt.

Im Februar 2015 gründete sich *Kulturbuntes Bodenheim*, ein buntes Netzwerk engagierter Helfer:innen und Integrationslots:innen.

„*Das gute Zusammenleben im Ort fördern*“- inklusiv wirken, Vorurteilen keinen Raum geben, Brücken bauen, ein Leben in Würde garantieren, die kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, Wege aus der Armut aufzeigen, Menschen in Ausbildung und Arbeit vermitteln, Sprache und Bildung für alle fördern, Rechtsberatung organisieren, statt „*Fällen*“ sich Menschen zuwenden, die um ein Bleiberecht ringen müssen.

„*Rheinland- Pfalz ist und bleibt Ehrenamtsland*“, lautet das Paradigma. Aber wo finanzielle Mittel begrenzt sind, droht der sozialen Arbeit die Deprofessionalisierung.

Von Anfang an begleitete der *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* uns fachlich. Unvergessen bleibt ein erster Abend im November 2014. Jurist Roland Graßhoff breitete ein handschriftliches Plakat in einem Bodenheimer Wohnzimmer aus, um Jusuf und seinen Nachbarn komplexe Aufenthaltsrechte verständlich zu erläutern.

Stete informative Rundschreiben sowie Fortbildungs- und Vernetzungsangebote stützen seither *Kulturbuntes Bodenheim*. Für eine gelingende Integrationspolitik braucht es den langen Atem, klare Analysen, Einordnungen und eine gute Lobbyarbeit- auch um „*Eigentore*“ einer zunehmend inhumanen EU-, Bundes- und Landespolitik zu hinterfragen und abzuwenden. Allen Respekt verdienen der Geschäftsführer Torsten Jäger und die rechtspolitische Referentin Ann-Christin Bölter für die kompetente und engagierte Begleitung.

Aktuell drücken u.a. die Aussetzung des Familiennachzuges für subsidiär Schutzberechtigte, die Auswirkungen der GEAS- Reform, die Abschaffung des Chancenaufenthaltsrechts, „*Rückzieher*“ beim Einbürgerungsrecht, die Beschränkung der Zugänge zu Integrationskursen, eingeleitete Widerspruchsverfahren für Menschen aus Afghanistan und Syrien, die beängstigende Kooperation mit der Taliban-Regierung, um Abschiebungen zu forcieren, die Androhung, unabhängige Asylberatungsstellen zu schließen.

So verunsichert die unheilvolle „*migrationspolitische Wende*“ die Menschen mit Fluchtgeschichte, die in der letzten Dekade beruflich und gesellschaftlich angekommen sind, genauso wie ihre ehrenamtlichen Begleitungen. Zermürbung und Ausbrennen drohen. Bittere Enttäuschungen wachsen im Bodenheimer Bürgertum, wie teils mit den Schwächsten umgegangen wird, ein Gradmesser für den Zustand der Demokratie.

Wenigstens schützt die unabhängige Rechtsberatung davor, sich zu verrennen. Rechtliche Möglichkeiten, aber auch z. B. die Passpflicht sind transparent zu erläutern. Somit entlasten Beratungsstellen zudem das BAMF, die Verwaltungsgerichte und Sozialkassen, indem sie juristisch beraten und Übergänge in Ausbildung und Arbeit ggf. beschleunigen.

Will ein überaltertes und auf Zuwanderung angewiesenes Ehrenamtsland Rheinland-Pfalz integrationspolitisch erfolgreich wirken, braucht es verlässliche hauptamtliche Strukturen.

Das kulturbunte Netzwerk in Bodenheim genießt die gewachsene Kooperation mit der Verbands- und Ortsgemeinde für die alltäglichen Anliegen. Hartnäckig handelt der *Arbeitskreis Asyl des Landkreises Mainz-Bingen* an „*Runden Tischen*“ mit der Ausländerbehörde verbesserte Abläufe aus. *Flüchtlingsrat RLP e.V.* und *civi cune* fordern Menschenrechte ein und organisieren Fortbildungen.

Für uns alle ermöglicht der rheinland- pfälzische *Initiativausschuss* einen überregionalen, wissenschaftlichen, sozial- wie migrationspolitischen Blick. Herzlichen Glückwunsch Rheinland- Pfalz für diesen Anker!

Dirk Himberger

- Referatsleiter der Ausländer- und Einbürgerungsbehörde des Rhein-Lahn-Kreises -



Im Namen der Ausländerbehörde des *Rhein-Lahn-Kreises* freue ich mich, dem *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* einen herzlichen Gruß zum 30jährigen Bestehen zu übermitteln.

Zu den 30 Jahren habe ich aus dem Grunde eine besondere Beziehung, da ich in diesem Jahr seit ebenso langer Zeit im Dienst der *Kreisverwaltung Rhein-Lahn* stehe und der *Initiativausschuss* seit mehr als 25 Jahren Tätigkeit bei der Ausländerbehörde ein stets präsenter Begleiter der Migrationsarbeit - besonders im *Rhein-Lahn-Kreis* - ist.

Ich habe den Ausschuss von Anbeginn als eine wichtige Institution wahrnehmen dürfen und zunächst über Jürgen Pirrong und nunmehr über die in unserem Haus tätige Beauftragte für Migration und Integration, Inge Waldorf, als Vertreterin des Sprecherinnenkreises eine enge Anbindung erfahren.

Es gab in der Vergangenheit trotz naturgemäß unterschiedlicher Aufgabenstellungen keine Konflikte, sondern stets ein Miteinander und im Bedarfsfall konstruktiven Austausch. Die Impulse des *Initiativausschusses* mit seinen Beratungs-, Vernetzungs- und Informationsangeboten haben uns als Stelle des Gesetzesvollzuges in der Praxis über die hier beschäftigten Akteure erreicht und stellten mithin eine Bereicherung und Ergänzung für die praktische Arbeit dar.

Besonders wichtig und sinnstiftend war die Tatsache, über die Vertreterin des Sprecherinnenkreises einen direkten Draht zum Austausch zu haben, um Erfahrungen und Fragestellungen aus der praktischen Arbeit an den Ausschuss zu geben und umgekehrt auch zu erhalten.

Gerade in heutigen geopolitisch wie gesellschaftlich turbulenten Zeiten ist es bedeutsam, erfahrene Akteure an entscheidenden Stellen zu wissen, welche Impulse für Gesellschaft und Politik geben können.

Der Ausschuss wird daher als wesentliche Säule der Integrationsarbeit im Land Rheinland-Pfalz gesehen.

Insofern ein *„Weiter so!“* für kommende 30 Jahre und einen weiterhin konstruktiven Austausch verbunden mit wertschätzenden sowie freundlichen Grüßen aus Bad Ems.



Christian Kling

- Vorstandsvorsitzender des Verbands Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Rheinland-Pfalz -

Dreißig Jahre *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* sind ein Anlass zur Gratulation – und dazu, auf die vergangenen Jahrzehnte zurückzublicken, um sich zu fragen, wo wir heute stehen.

Gesellschaftliche Teilhabe wird heute viel mehr diskutiert als noch vor dreißig Jahren. Doch der Umgang mit Migration ist stark polarisiert. Verloren gegangen ist ein Stück jener parteiübergreifenden Gewissheit, dass Menschenrechte nicht nach politischer Konjunktur verhandelbar sein sollten. Angesichts von Debatten um Sozialmissbrauch und Kriminalität geraten Menschen aufgrund ihrer tatsächlichen oder zugeschriebenen Herkunft unter Rechtfertigungsdruck.

Auch für den *Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Rheinland-Pfalz* ist diese Feststellung bedeutsam. Deutsche Sinti und Roma leben seit Jahrhunderten im deutschsprachigen Raum und sind als nationale Minderheit anerkannt. Sie sind nicht mit zugewanderten Roma gleichzusetzen. In der öffentlichen Wahrnehmung findet diese Differenzierung jedoch regelmäßig nicht statt.

Währenddessen hat sich unser Arbeitsbereich in den vergangenen Jahrzehnten erweitert. Die politische Selbstvertretung der deutschen Sinti und Roma in Rheinland-Pfalz bleibt Kern unserer Arbeit. Gleichzeitig haben wir seit einigen Jahren Verantwortung auch dort übernommen, wo sich unsere Interessenvertretung und die Migrationspolitik überschneiden.

Wie im 2025 geschlossenen Vertrag zwischen dem Verband und dem Land Rheinland-Pfalz hervorgehoben wurde, erkennt der Verband seine Verantwortung auch gegenüber bleibeberechtigten nichtdeutschen Sinti und Roma in Rheinland-Pfalz an.

Wir streben an, diese bei allen Angelegenheiten der Teilhabe in der Gesellschaft zu unterstützen.

Es gilt die Herausforderung, den polarisierten Debatten unserer Zeit eine sachliche, besonnene und menschenrechtsorientierte Perspektive entgegenzusetzen.

Zum Beispiel trug der Verband hierzu bei, indem er 2022 als Projektträger die Strukturen für die *Melde- und Informationsstelle Antiziganismus Rheinland-Pfalz* schuf. Diese dokumentiert und analysiert auch migrationsbezogenen Antiziganismus, leistet Bildungsarbeit und berät Betroffene. Dazu gehören beispielsweise Menschen aus Südosteuropa, die antiziganistisch gelesen und entsprechend stigmatisiert werden.

Und auch der *Initiativausschuss* hat sein Engagement wiederholt unter Beweis gestellt:

Vor fast zwanzig Jahren war er zum Beispiel an der Kommission beteiligt, welche die Reform der kommunalen Ausländerbeiräte vorbereitete. Dadurch wurde unter anderem das aktive Wahlrecht für Eingebürgerte und Spätaussiedler*innen in den Beiräten ermöglicht.

2022 wiederum engagierte sich der *Initiativausschuss* nach dem Tod von Jina Mahsa Amini dafür, dass Rheinland-Pfalz als eines der ersten Bundesländer einen dreimonatigen Abschiebestopp in den Iran verhängte. Bis heute setzt er sich für die Interessen von Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund ein und unterstützt sie beratend.

Unterschiedliche zivilgesellschaftliche Akteur*innen miteinander ins Gespräch zu bringen und Wissen zu bündeln, wo immer Menschenrechte infrage gestellt werden, hat Gewicht. Auch in Zukunft wird der *Initiativausschuss* hierzu gebraucht.

Zu diesem Jubiläum wünschen wir uns, dass er seine Rolle sowohl als kritische als auch verbindende Stimme in Rheinland-Pfalz beibehält.

Copyright des Autorenfotos:
Vanessa Evard – Fotografie

Bernhard Kukatzki

- Direktor der Landeszentrale für Politische Bildung Rheinland-Pfalz -



Die *Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz* und insbesondere die *Fachstelle gegen Diskriminierung für kulturelle Vielfalt* im Referat *Demokratiebildung* gratuliert dem *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* zu seinem Jubiläum.

Für alle in den Themenbereichen Antidiskriminierung und Antirassismus, Antisemitismus, Menschenrechte, Partizipation und kulturelle Vielfalt Tätigen ist der *Initiativausschuss* ein wertvoller Ansprechpartner.

Neben den wichtigen Informationen, die regelmäßig und übersichtlich zusammengestellt werden, bietet er Raum zu Austausch und Vernetzung. Das ist gerade in Zeiten populistischer Verkürzungen und der sich immer wieder auch medial in den Vordergrund drängenden Präsentation von Sündenböcken, die häufig irgendwie unter das Schlagwort „*Migration*“ gepresst werden, besonders wichtig.

Hier bietet der *Initiativausschuss* mit seiner hohen Expertise, die für eine sachliche Orientierung im sich schnell verändernden und unübersichtlich werdenden Themenfeld unerlässlich ist, einen Anlaufpunkt und Beratung, auf die wir immer wieder zurückgreifen.

Die Ausdauer, mit der hier die zwar grundgesetzlich verankerte, aber im politischen Aufstieg rechtsextremer Akteure immer wieder de facto in Frage gestellte Menschenwürde hochgehalten und verteidigt wird, ist beeindruckend.

Die Arbeit des *Initiativausschusses* ermuntert und bestärkt unsere eigene Aufgabe, Bürgerinnen und Bürger zu informieren, zu unterstützen, ihre Partizipationsmöglichkeiten zu kennen und wahrzunehmen.

Das gemeinsame Ziel: ein Leben in Würde für alle, da Würde nicht teilbar ist und keine Grenzen kennt. Eine mündige Zivilgesellschaft, in der demokratische Streitkultur auf Basis gemeinsamer Werte gelebt wird.

Dafür danken wir dem *Initiativausschuss*, wünschen ihm weiterhin die Kraft und Ausdauer und hoffen, dass er uns weiterhin so kompetent mit Rat zur Seite steht.



Andreas Lipsch

- ehemaliger Vorsitzender von PRO ASYL
und Leiter der Abteilung
„Flucht, Interkulturelle Arbeit, Migration (FIAM)“
bei der Diakonie Hessen -

Wenn Verwaltungsprosa lesbar wird!

Es gibt eine Textsorte, die ich über Jahre mit wachsendem Respekt gelesen habe: die Rundmails des *Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz*. Wenn Torsten Jäger oder Ann-Christin Bölter schreiben, wird Verwaltungsprosa lesbar.

Eine ihrer letzten Mails begann mit dem Eingeständnis, dass man nach allem, was folgt, eigentlich kein schönes Wochenende wünschen könne, und endete dann doch mit diesem Wunsch. Seitdem lese ich diesen Satz in jeder Mail mit.

Zwischen Anfang und Ende steht dann, was sonst auseinanderfällt. Eine versuchte Abschiebung aus einer Ausländerbehörde neben dem Sprechzettel des Ministers im Innenausschuss, sodass der Einzelfall als Ausdruck eines politischen Kurses lesbar wird.

Ein Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages, aus dessen vorsichtiger Sprache der eine Befund herausgehoben wird, auf den es in der Beratung ankommt: dass auch nach der GEAS-Reform niemandem Brot, Bett und Seife genommen werden dürfen.

Ein Durchführungsbeschluss des Rates der Europäischen Union, zerlegt bis zur Frage, welcher ukrainische Mann ab welchem Tag welchen Nachweis braucht.

Arbeitshilfen aus Osnabrück, Münster und Kiel, weitergereicht mit dem Hinweis, was davon auch in Rheinland-Pfalz gilt.

Der *Initiativausschuss* hat den Wissenstransfer zwischen Migrationspolitik, Forschung und engagierter Praxis professionell gemacht.

Professionell heißt hier nicht glatt. Es heißt, Recht und Rechtsprechung so aufzubereiten und rheinland-pfälzische, deutsche wie europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik so zu übersetzen, dass die professionelle Beraterin genauso wie der Ehrenamtliche damit arbeiten kann.

Es heißt, einer Zahl nicht zu glauben, bevor man sie geprüft hat: Wenn das Innenministerium 1.300 angeblich abgetauchte Asylsuchende meldet, fragt der *Initiativausschuss* zuerst, ob die Zurückgekehrten herausgerechnet und Mehrfachzählungen ausgeschlossen wurden. Dass diese Frage überhaupt gestellt wird, verdankt sich wiederum der Beratung vor Ort, wo man weiß, dass Menschen die Erstaufnahme vorübergehend verlassen und wiederkommen.

Der Transfer läuft in beide Richtungen: Recht und Politik werden für die Praxis lesbar gemacht, und die Erfahrung der Praxis wird so gebündelt, dass sie in einer Anhörung im Landtag Gewicht bekommt.

Und es heißt, auch die Grenzen des eigenen Wissens mitzuteilen, etwa wenn ein Kollege schreibt, auf manches gebe es noch keine Antwort, und dieser Satz weitergereicht wird statt ihn zu glätten. Wer so arbeitet, macht aus Wissen ein gemeinsames Werkzeug. Gerade damit ist der *Initiativausschuss* unverzichtbar.

So habe ich es jedenfalls über viele Jahre erlebt, in der *Diakonie Hessen* und als Vorsitzender von *PRO ASYL*.

Die Arbeit ist schwerer geworden, auch das lässt sich an den Rundmails ablesen. Lange haben wir gehofft, dass besseres Wissen irgendwann bessere Politik hervorbringt; und manches ist ja auch erreicht worden: im Staatsangehörigkeitsrecht etwa, bei der Teilhabe, in der Selbstverständlichkeit migrantischer Stimmen in Kommunen und im Land.

Heute allerdings begegnet uns eine Politik, die sich von ihrem eigenen Wissen abzukoppeln scheint, bei sinkenden Zugangszahlen neue Lager plant und auf Abschreckung setzt, in Brüssel und Berlin wie in Mainz.

Angesichts dessen wird Information zum Einspruch und Chronik zum Gedächtnis. Eine Organisation, die sich an 1983 erinnern kann, weiß, dass Konjunkturen vergehen und dass es darauf ankommt, wer in der Zwischenzeit das notwendige Wissen bereithält.

Braucht es den *Initiativausschuss* also weiter? Mehr noch als in ruhigeren Jahren!

Es braucht dieses professionelle Übersetzungsbüro in Mainz, und es braucht die Initiative, die aus der Übersetzung heraus kampagnenfähig wird, weil das eine ohne das andere entweder folgenlos bleibt oder unbelegt.

Deshalb wünsche ich mir und dem *Initiativausschuss*, dass das Land Rheinland-Pfalz diese Arbeit weiterhin und verlässlich fördert, mit einer Finanzierung, auf die man länger als eine Antragsperiode bauen kann.

Ein Wissens- und Praxistransfer dieser Art ist nämlich keine freundliche Zugabe der Zivilgesellschaft. Er ist die Voraussetzung dafür, dass Politik überhaupt weiß, worüber sie entscheidet.

Herzlichen Dank für dreißig Jahre unter diesem Namen und mehr als vierzig in der Sache, und für jede dieser Mails, auch die vor dem Wochenende!



Univ.-Prof. Dr. Werner Nell

- Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg/ Queen’s University und Geschäftsführender Vorstand des ism - Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. -

Je mehr eine Gesellschaft sich darauf ausrichtet, nur die „richtigen“ Migranten zuzulassen, desto öfter kommen „immer“ die „falschen“.

Migranten sind Menschen, die auf der Suche nach Auskommen, Schutz, Anerkennung und Glück von einem Ort zu einem anderen unterwegs sind. In der Regel müssen sie dabei Grenzen von Ländern bzw. Staaten überwinden, die zwar auch als Ergebnisse historischer Prozesse und Entscheidungen, oft aber in ihrer Form auch zufällig zustande gekommen sind. Menschen als „*nicht festgestellte Tiere*“ (Nietzsche) sind nicht nur beweglich, sondern dadurch sowohl gezwungen als auch in der Lage, Orte zu verlassen, Sinn und Sicherheit an anderen Orten zu suchen (und zu finden).

Migration ist so alt wie der Mensch; Nationalstaaten, die heute versuchen, Migration zu einzuhegen, zu „*steuern*“ oder auch ganz zu verweigern, sind nicht nur wesentlich jünger, sondern stehen in dieser Hinsicht der „*Natur des Menschen*“ auch entgegen.

Zum Menschsein gehört allerdings auch dazu, einen Ort zu suchen, zu brauchen und zu bewohnen, an dem sie sich zugehörig und an „*ihrem Platz*“ anerkannt fühlen können. Ein solcher Ort, im Deutschen mit dem vielfach missbrauchten Begriff „*Heimat*“ bezeichnet, hat aber nicht nur eine territoriale Dimension, sondern eben auch eine soziale und historische.

Nicht zuletzt verbindet sich damit eine Sinnorientierung, die sich in kulturellen, religiösen und auch in ideologisch besetzbaren Vorstellungen, z. B. von einer „*himmlischen“ Heimat oder der „Einzigartigkeit*“ der eigenen Kultur, in völkischen und anderen, möglicherweise Gewalt vorbereitenden, Programmen niederschlägt.

Im Spiegel des Migrationsgeschehens findet sich so der „*ganze*“ Mensch wieder: seine Suche nach Sinn, sein Bedürfnis nach Sicherheit und die Sehnsucht nach einer Lage und Erfahrung, in der beides zusammenfällt.

Deshalb wird die Geschichte der Menschen zum einen von der Vorstellung begleitet, sie seien als Menschen „*unterwegs*“ (*homo viator*) und auf der Suche. Zum anderen gelten Asyle, also soziale, vor allem aber auch rechtliche Schutz-Einrichtungen zu den ältesten Institutionen menschlicher Kultur.

Unter den Bedingungen der Moderne ist dieser Ansatzpunkt in dreifacher Hinsicht zu einem Dreh- und Angelpunkt unseres politischen und sozialen Selbstverständnisses geworden:

Freiheit, Gleichheit und soziale Anerkennung sind zu einem unverzichtbaren Maßstab individuellen Lebens und für die Gestaltung des sozialen Zusammenlebens geworden (1).

Technologische Entwicklungen und globale Zusammenhänge haben Netzwerke geschaffen, die weltweite Migration ermöglichen und über die Grenzen der jeweiligen Staaten hinaus wirksam sind (2).

Weiter bestehende soziale und ökonomische Ungleichheit, Kriege, Terror und Klimawandel haben ebenso den Druck zur Migration

erhöht, wie die Versprechungen eines „*besseren Lebens*“ anderswo einen Anreiz bieten, das Glück dort zu suchen (3).

Es gehört in dieser Situation zu den unverzichtbaren Grundlagen jeder Gesellschaft und damit zu den Aufgaben der Politik, der Justiz, der Verwaltung und der Zivilgesellschaft, die mit dem Maßstab der Menschenwürde verbundenen Ansprüche zu sichern und sie – durch langfristige, stete und zuversichtliche Begleitung – zu gewährleisten und in Taten umzusetzen. Gerade weil hier viel zu tun ist und angesichts dessen, dass es nicht nur um Hilfe oder Mitleid für „*andere*“ geht, sondern um die Grundlagen jeder menschenwürdigen Gesellschaft, sind Akteure wie der *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz*, die aus der Zivilgesellschaft geboren sind, unverzichtbar.

Nicht nur verfügen sie über eine reiche Erfahrung in der Begleitung und vor allem auch rechtlichen und öffentlichen Vertretung von Migranten, sondern sind selbst ein wesentlicher Baustein im Fundament einer liberalen, offenen und demokratischen Gesellschaft.



Dr. Florian Pfeil

- Geschäftsführer des
Weiterbildungszentrums Ingelheim und
Direktor der
Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung -

Ein 30. Namenstag ist ein ungewöhnliches Jubiläum. Wer drei Jahrzehnte denselben Namen trägt, hat entweder wenig Phantasie – oder einen guten gefunden.

Beim *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* ist die Sache eindeutig. Seit 1996 trägt er diesen Namen, der deutlich machte, dass sich die Arbeit längst auf ganz Rheinland-Pfalz bezog und er Migration und Integration als gesamtgesellschaftliche Themen verstand.

Wenn ich auf die von mir miterlebte Zeit zurückblicke, sehe ich viel Erreichtes. Rheinland-Pfalz ist selbstverständlich ein Einwanderungsland. Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografien sind Nachbarinnen und Nachbarn, Kolleginnen und Kollegen, Lehrkräfte, Unternehmerinnen und Unternehmer, politisch Engagierte.

Es gibt Beratungsstrukturen, Beiräte und Netzwerke. Integration wird zunehmend als das verstanden, was sie ist: keine einseitige Bringschuld, sondern ein Prozess, der Zugewanderte und Aufnahmegesellschaft gleichermaßen fordert – und beide bereichern kann.

Selbstzufriedenheit wäre dennoch fehl am Platz. Vieles, was mühsam aufgebaut wurde, steht wieder unter Druck.

Rechtsextremismus und menschenfeindliche Einstellungen gewinnen an Raum. Die Sprache wird rauer, Ressentiments salonfähiger, Menschen werden wieder danach sortiert, ob sie vermeintlich „*dazugehören*“.

Wenn Integration für fast jedes gesellschaftliche Problem herhalten muss, vergiftet das die politische Debatte und beschädigt das Zusammenleben.

Gerade deshalb ist der *Initiativausschuss* wichtig. Ich schätze ihn als starke Stimme für ein gleichberechtigtes und solidarisches Zusammenleben, als Netzwerk – und ausdrücklich als migrationspolitischen Think Tank für Rheinland-Pfalz. Dabei bleibt es nicht bei fachlichen Analysen. Der *Initiativausschuss* berät, organisiert Fortbildungen, vernetzt Akteure und beteiligt sich sichtbar an öffentlichen Debatten – und er widerspricht, wann immer es erforderlich ist.

Für unsere Arbeit am *Weiterbildungszentrum* und besonders an der *Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung* ist dieser Austausch seit Jahren von hohem Wert. Ein besonders gelungenes Beispiel war 2020, mitten in der Pandemie, die mit dem *Landesverband der Volkshochschulen in Rheinland-Pfalz* entwickelte, fünfteilige Webinar-Reihe „*In guter Verfassung?*“. Im Nachklang zweier Verfassungsjubiläen fragte sie nach der Verfassungswirklichkeit 2020. Unter den Bedingungen der Pandemie war es besonders wichtig, solche Gesprächsräume überhaupt aufrechtzuerhalten. Die Reihe hat dazu einen wichtigen Beitrag geleistet.

Ich habe den *Initiativausschuss* und Torsten Jäger immer als fachlich versierten, kreativen und verlässlichen Kollegen und Partner erlebt – und, was keineswegs nebensächlich ist, als

menschlich überaus angenehmen. Brauchen wir den *Initiativausschuss* auch in Zukunft? Unbedingt!

Als Stimme der Menschen und Institutionen in diesem Feld. Als Motor der Vernetzung. Als kritischen Gesprächspartner von Politik und Gesellschaft. Und als kreativen Ort, an dem Positionen und praktische Ideen entstehen.

Was sollte er künftig anders machen? Vielleicht vor allem: sich nicht verbiegen lassen. Seine Unabhängigkeit bewahren. Nicht leiser werden, weil der Gegenwind stärker wird. Nicht resignieren, wenn Debatten in Rückschritten enden.

Weiter für menschenwürdige Migration und gelingende Integration eintreten und diejenigen vernetzen, die daran arbeiten.

Denn Migrationspolitik gehört nicht in eine Nische. Sie ist Demokratie-, Bildungs- und Gesellschaftspolitik.

Für die kommenden Jahre wünsche ich dem *Initiativausschuss* weiterhin Ausdauer, gute Ideen und die nötige Unterstützung für seine wichtige Arbeit.

Ich freue mich darauf, diese Arbeit auch in Zukunft gerne gemeinsam fortzusetzen.

Pfarrer i.R. Siggi Pick

- Vorsitzender Netzwerk am Turm e.V.
und ehemaliger Leiter des
Pfarramts für Ausländerarbeit in Bad Kreuznach -



30 Jahre *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz*, ja das ist ein Grund zu feiern. Schon die Vorgängerorganisation, der *Initiativausschuss für Ausländische Mitbürger für Mainz und Umgebung* hat sich als politisches Forum und Lobby für migrantische Selbstorganisationen verstanden. Aber vor 30 Jahren hat sich nicht nur der Name geändert, sondern auch das Profil: Macht von Unten organisieren, politische Forderungen öffentlich und laut vertreten, Netzwerke erweitern!

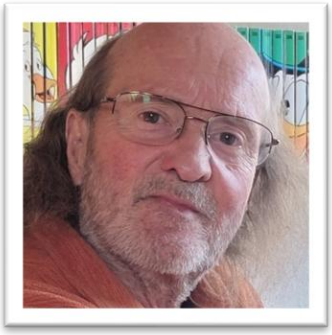
Der *Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz*, auch im Jahr 1983 als Austauschforum einiger in der Flüchtlingsarbeit Engagierter im Ingelheim entstanden, war von Anfang an mit dem *Initiativausschuss* eng verbunden: durch die aktiven Personen aber auch in der politischen Lobbyarbeit. Auch der *AK Asyl* hat sich erst 1987 – gegen den Widerstand einiger Vertreter aus den Wohlfahrtsverbänden – als politisches Forum für die öffentlich wahrnehmbaren Interessen der Flüchtlinge und der Initiativen neu formiert. Es ging los mit Aktionen vor dem Innenministerium gegen Abschiebungen in Krisengebiete, Landespressekonferenzen und der Ausweitung des Netzwerks ins ganze Bundesland.

Rückblickend stelle ich fest, dass es genau richtig war, von Anfang an zu kooperieren statt sich als Konkurrenz zu sehen. Schon bald war klar: Bei zentralen Themen und wichtigen Terminen treten *Initiativausschuss*, der *AK Asyl* und später die *Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiträte in Rheinland-Pfalz (AGARP)* gemeinsam auf. Das hat uns stärker gemacht und auch wahrnehmbarer in der medialen und politischen Öffentlichkeit. Bei den Lobbygesprächen mit Fraktionen im Landtag, in den Ministerien, bei Landespressekonferenzen, in Presserklärungen und Stellungnahmen, auch bei Aktionen und Demos wurde deutlich, dass wir gemeinsam unterwegs sind. Auch wenn wir unterschiedliche Schwerpunkte haben – wir sprechen mit einer Stimme. Dass wir nicht zu überhören waren, wurde uns von Landespolitiker*innen vorgehalten. Lobby von unten ist für die Regierenden eben auch manchmal anstrengend und herausfordernd.

Schon vor 30 Jahren waren unsere politischen Aktionen und unsere Lobbyarbeit nicht immer - oder besser: oft nicht - erfolgreich. Zusammen haben wir manche Niederlage verarbeitet.

Für Menschenrechte und gegen Diskriminierung und Rassismus einzutreten bedeutet damals wie heute, laut zu sagen, was uns wichtig ist. Eine Orientierung an Grund- und Menschenrechten, an der Idee, dass alle Menschen gleich an Rechten und an Würde sind – das ist ein hoher politischer Anspruch. Aber für weniger lohnt sich die Mühe der Lobbyarbeit und des jahrelangen Engagements nicht.

So hoffe ich, dass der *Initiativausschuss* weiter mit dem *Flüchtlingsrat RLP* und den *Beiräten für Migration und Integration* gemeinsam Position bezieht, politisch Verantwortliche im Land und in den Kommunen herausfordert und das Netzwerk der Engagierten im gesamten Bundesland mit Infos, Fortbildungen und kompetenter Beratung stärkt und belebt.



Jürgen Pirrong

- Vorstandsvorsitzender des Flüchtlingsrat RLP e.V. -

Ich gratuliere dem *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* im Namen des *Flüchtlingsrat RLP e. V.* zu seinem 30. Geburtstag und stelle gleich zu Beginn fest, dass der *Initiativausschuss* seinen festen Platz in Rheinland-Pfalz hat und aus der *„Scene“* nicht mehr weg zu denken ist.

Der *Initiativausschuss* wie auch andere Institutionen und Organisationen, die im Bereich *„Migration, Flucht, Asyl, Arbeit gegen Rassismus und Diskriminierung, Einsatz für Gesellschaftliche Vielfalt und Demokratiestärkung“* unterwegs sind, haben in den vergangenen Jahren bezüglich der Entwicklung des Zusammenlebens von Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz viel erreicht.

Ohne ihn und die anderen Akteur*innen im Feld wäre ein Miteinander in weiten Teilen im Land nicht so gegenwärtig.

Diese außerordentlich wichtige Arbeit wird derzeit durch *den „politischen Ausverkauf der Menschenrechte“* extrem gefährdet. Eine unserer wichtigsten Aufgaben für die Zukunft ist es - gerade auch bei extremem politischem Gegenwind - weiterhin unsere Stimmen zu erheben für die Einhaltung der Menschenrechte und gegen die Faschisten in Rheinland-Pfalz.

Der *Initiativausschuss* steht seit 30 Jahren für das gleichberechtigte und solidarische Zusammenleben von Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationshintergrund. Hierbei leistet er eine wichtige und außerordentlich gute Arbeit, die für Rheinland-Pfalz eine große Bedeutung hat.

Dafür verantwortlich sind sowohl die dort hauptamtlich Tätigen, als auch die beratenden Mitglieder des Sprecher*innenkreises des *Initiativausschusses*.

Die vielfältigen, sehr kompetenten, Aktivitäten unserer *„Schwester-Institution“* sind auch für die Arbeit unseres *Flüchtlingsrat RLP e. V.* von großer Relevanz. So besteht eine sehr gute, fruchtbare Zusammenarbeit in diversen Tätigkeitsfeldern.

Der *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* hat sich bereits seit vielen Jahren als eine feste Größe etabliert, die sich gleichermaßen an Politik und Gesellschaft wendet. Er hält eine Vielzahl von Beratungs-, Qualifizierungs-, Vernetzungs- und Informationsangeboten bereit, die uns auch für die Zukunft erhalten bleiben sollten.

Wünschenswert wäre, dass sich der *Initiativausschuss* künftig verstärkt auch (wieder) dem Personenkreis der EU-Bürger*innen (insbesondere aus Südosteuropa) und der Thematik *„Arbeit und Ausbildung für Migrant*innen“* sowie dem Kampf gegen den Antiziganismus widmet, obwohl dies auf Grund der personellen und zeitlichen Gegebenheiten gegebenenfalls nur bedingt umsetzbar sein wird.



Anja Reichrath

- Kompetenzcenter Internationales bei der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit -

Die Integration von Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografie in den Arbeitsmarkt ist seit vielen Jahren eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Beschäftigung schafft wirtschaftliche Teilhabe, eröffnet Perspektiven und ermöglicht Begegnungen. Sie ist damit ein wichtiger Baustein für ein gelingendes Zusammenleben.

In diesem Kontext hat der *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* über viele Jahre hinweg einen wichtigen Beitrag geleistet. Seine Stärke liegt insbesondere darin, unterschiedliche Akteurinnen und Akteure aus Politik, Verwaltung, Arbeitsmarkt, Wissenschaft und Zivilgesellschaft miteinander ins Gespräch zu bringen, Entwicklungen konstruktiv kritisch zu begleiten und Impulse für eine praxisnahe Weiterentwicklung der Integrationsarbeit zu geben. Gerade im Bereich der Arbeitsmarktintegration haben fachlicher Austausch, Vernetzung und der Transfer von Erfahrungen dazu beigetragen, bestehende Angebote besser auf die Bedarfe von Menschen mit Migrationsbiografie auszurichten.

In den vergangenen drei Jahrzehnten wurde viel erreicht. Die Bedeutung von Sprachförderung, Qualifizierung, Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und einer frühzeitigen Arbeitsmarktintegration ist heute deutlich stärker im öffentlichen Bewusstsein verankert als noch vor einigen Jahren. Gleichzeitig zeigen aktuelle Entwicklungen, dass Integration kein abgeschlossener Prozess ist. Der Fachkräftemangel eröffnet Chancen, gleichzeitig bestehen weiterhin strukturelle Hürden – etwa beim Anerkennungsverfahren, der Deutschförderung oder beim Übergang in existenzsichernde Beschäftigung.

Hinzu kommen gesellschaftliche Polarisierung und eine teilweise zunehmend emotional geführte Debatte über Migration, die eine sachorientierte Auseinandersetzung erschweren können.

Gerade deshalb braucht es auch künftig Institutionen und Netzwerke, die fachliche Expertise bündeln, den Dialog zwischen den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren fördern und den Blick auf praktikable Lösungen richten. Der *Initiativausschuss* kann hierbei weiterhin eine wichtige Rolle übernehmen – als Plattform für Austausch, als Impulsgeber für innovative Ansätze und als Stimme für eine integrationsorientierte Arbeitsmarktpolitik, die gleichermaßen die Potenziale der Menschen und die Bedarfe des Arbeitsmarktes in den Blick nimmt.

Für die Zukunft wird es darauf ankommen, die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Arbeitsverwaltung, Bildungsträgern, Kommunen und Zivilgesellschaft weiter zu stärken. Integration in Arbeit gelingt dort am besten, wo Verantwortung vernetzt gedacht, bürokratische Hürden abgebaut und individuelle Potenziale konsequent gefördert werden. Der *Initiativausschuss* kann hierzu auch künftig einen wertvollen Beitrag leisten.

Insofern meine allerherzlichsten Glückwünsche zum 30 – jährigen Bestehen des *Initiativausschusses*. Ich bin sehr froh, dass es euch gibt.

Joachim Schulte

- Sprecher von QueerNet RLP e.V. -



QueerNet RLP, das landesweite queere Netzwerk, gratuliert dem *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* ganz herzlich zur Arbeit in den letzten 30 Jahren. Vernetzung ist ein zentrales Mittel, um die Anliegen des *Initiativausschusses* nach Integration zu verwirklichen.

Dafür hat der *Initiativausschuss* von Anfang an die Gründung eines landesweiten Netzwerks der NGOs, die nach den „*Merkmalen*“ des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auf Landesebene in Rheinland-Pfalz arbeiten, vorangetrieben und maßgeblich mitgestaltet - durch jahrzehntelange Kontinuität seiner Mitarbeit und durch Verantwortungsübernahme. Von Anfang an war es dem *Initiativausschuss* Anliegen, intersektional zu denken und Diskriminierungserfahrungen so der Lebensrealität gemäß zu bekämpfen.

So konnte in Rheinland-Pfalz durch *das Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz* erreicht werden, dass es *eine Landesantidiskriminierungsstelle* als Ansprechstelle im zuständigen Ministerium gibt; es konnten durch Förderung des Bundes Vernetzungsstrukturen der Antidiskriminierungsberatung, die es für einige „*Merkmale*“ des AGG auf regionaler Ebene gibt, landesweit in Rheinland-Pfalz aufgebaut werden und es gab innerhalb dieser neu entstandenen Strukturen kostenfrei Fortbildungen über das AGG.

Als besonderen Erfolg darf das Netzwerk verbuchen, dass in Rheinland-Pfalz Menschen im Diskriminierungsfall Zugang zu einer Stunde kostenfreier Klärungsberatung durch juristische Fachpersonen haben.

Auch dass - wiederum durch Förderung des Bundes initiiert, aber vom Land übernommen - jetzt in Rheinland-Pfalz eine intersektionale Antidiskriminierungsberatung angeboten werden kann - nicht nur in Mainz, sondern auch mit „*Außenstellen*“ in Landau und Trier - ist durch die kontinuierliche Arbeit des *Netzwerks diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz* erreicht worden.

Zudem ist es auch durch vielfältige Initiativen des Netzwerks gelungen, dass Rheinland-Pfalz als erstes Flächenland ein Landesantidiskriminierungsgesetz (*Landesgesetz für Chancengleichheit, Demokratie und Vielfalt*) verabschiedet hat.

All diese Erfolge wären ohne die kontinuierliche und konstruktive Mitarbeit des *Initiativausschusses* nicht möglich gewesen. Dafür ein großes Dankeschön und vor allem: die aufgezählten Fakten zeigen, wie wichtig die Arbeit des *Initiativausschusses* ist.

Als Motor und klug reflektierendes Mitglied im *Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz* hat dessen Geschäftsführer, Torsten Jäger, nicht nur den Initiativausschuss vertreten, sondern Ziele der Integration auch im größeren, landesweiten Zusammenhang sichtbar gemacht.

Auf viele weitere Jahre erfolgreicher Arbeit!

Kirchenrat Wolfgang Schumacher

- Vertretung der Evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz -



Um ein schriftliches Wort wurde ich gebeten. Und Worte finden, auslegen, sprechen ist mein Beruf. Und dennoch fallen mir zuerst Bilder ein. Und die gehen weiter zurück als der *Initiativausschuss* alt ist.

Zum Beispiel Bilder von Flüchtlingsbooten Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts. Die waren überladen, ausgedient. Ware hätte man damit nicht mehr transportiert. Für Menschen aus Indochina schienen sie aber Rettungsanker zu sein. Die *Boat-People* kamen vorwiegend aus Vietnam, ein Ziel im Blick: Überleben. Im besten Falle in Sicherheit, Unversehrtheit, Freiheit.

Fast schon verklärend reden Menschen meiner Generation heute davon. Damals aber herrschten Tod auf offener See und - wenn‘s gut ging - umzäunte Flüchtlingslager vor. Und es bedurfte zunächst nichtstaatlicher Initiative, um die Politik in der Bundesrepublik zum Nachdenken zu bewegen. Und in Teilen zum Umdenken. Ein weiteres Schiff steht nicht nur symbolisch als Bild dafür: Die *Cap Anamur*.

Szenenwechsel mit ähnlichen Bildern: Überfüllte Boote, oft nur Schlauchboote, treiben übers Mittelmeer. An Bord verfolgte, halbverhungerte, kranke Menschen aus afrikanischen Ländern. Keine Koffer an Deck, im Gepäck die Sehnsucht, frei von Verfolgung, Hunger, wirtschaftlicher Not zu sein. *Sea-Watch* heißen einige der Schiffe, die ein zivilgesellschaftliches Bündnis, *United4Rescue*, gekauft bzw. gechartert hat.

Ist das alles nicht nur ein Tropfen auf einen heißen Stein? Können - um in den Bildern der Politik zu reden - „*Flüchtlingsströme*“ oder „*Flüchtlingswellen*“ durch zivile Initiativen bewältigt werden? Bemerkenswert ist übrigens die Wortwahl. *Strom* und *Welle* sollen ja nicht die Zustände auf den Meeren beschreiben, sondern denen Angst machen, die am und im sicheren „*Hafen*“ leben und dort die Einfahrt dicht machen, damit die Welle nicht reinschwappt.

Ich bleibe im Bild und versuche die Aufgabe zu zeichnen, die wir haben, wir, die wir in unseren Breiten beim Begriff Schiff eher an Kreuzfahrt, Ausflugsdampfer oder Fähre denken. Wir können allein nicht am Kai für eine sichere Ankunft und ein gelingendes Anlegen sorgen. Aber wir können vielleicht eine Peer-Gruppe sein, die im Sinne einer „*Pier-Gruppe*“ dafür sorgt, dass weitere Schiffe anlegen können, wenn der Hafen nicht alles fassen kann oder will.

Dabei ist der *Initiativausschuss* so etwas wie ein Lotse, auf den selbst mächtige „*Reeder*“ oder „*Kapitäne*“ hören sollten. Lotsen sind informiert, haben die Großwetterlage im Blick, überwachen den Verkehr, geben auch mal den Kurs vor, steuern aber das Schiff nicht selbst. Sie haben ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein und sorgen dafür, dass Standards eingehalten werden. In einer Zeit, in der der „*Schiffsverkehr*“ stetig zunimmt, manche Problemlagen lieber „*umschifft*“ statt beseitigt werden, braucht es die Lotsen.

Wir sind als Kirchen mit an Bord des *INI*. Wir geben nicht nur Schiffen einen Namen, sondern jedem der Passagiere. Und weil Gott auch einen jeden von uns bei seinem Namen ruft, sind wir aufgerufen, nicht nur zu reden, sondern auch zu retten.

Bleibt nur noch zu klären, warum uns in Rheinland-Pfalz die Bilder vom Meer so nahe gehen (sollten).

Ich halte es mit dem großen Philosophen Ernst Bloch, der in einem kleinen Satz von seiner Heimatstadt Ludwigshafen als der „*Seestadt auf dem Lande*“ gesprochen hat. Demzufolge ist auch Rheinland-Pfalz ein Küstenland.

In diesem Sinne, liebe Leute des *Initiativausschusses*: Bleibt getrost und unverzagt!

Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt

- Leiter des Zentrums Bildung und Gesellschaft (ZBG) der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau -



Ein sehr geschätzter „*Untermieter*“!

30 Jahre wichtige Arbeit! Seit seiner Gründung vor 30 Jahren steht der *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* als landesweites Netzwerk der Migrationsarbeit für eine klare Haltung: Er setzt sich für die Gleichberechtigung der in Rheinland-Pfalz lebenden Migrant*innen in gesellschaftlicher, kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht sowie für das solidarische Zusammenleben von einheimischer Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten ein.

Das *Zentrum Bildung und Gesellschaft der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau* (*ZBG der EKHN*) teilt nicht nur das Grundanliegen der Initiative, sondern fühlt sich sehr geehrt, die Geschäftsstelle des *Initiativausschusses* als „*Untermieter*“ in seinen Räumen in Mainz zu haben. Es ist ein fröhliches „*WG-Leben*“, das auch in gemeinsamen Perspektiven, Arbeitszusammenhängen und verschiedentlichen Kooperationen seinen fachlichen Ausdruck findet!

30 Jahre Engagement! Drei Jahrzehnte sind natürlich immer ein guter Anlass, zurückzublicken – doch vor allem ist der Blick nach vorn wichtig!

Die migrationspolitischen Herausforderungen haben sich zwar verändert, doch weniger sind sie nicht geworden. Grundsätzlich bleibt, die Notwendigkeit, für Menschenrechte, gesellschaftliche Teilhabe und ein solidarisches Miteinander einzutreten.

Der *Initiativausschuss* hat über viele Jahre dazu wichtige Impulse in und für Rheinland-Pfalz gegeben, Entwicklungen kritisch begleitet und immer wieder den Finger in die Wunde gelegt, wenn Ausgrenzung, Diskriminierung oder ungleiche Teilhabe zur gesellschaftlichen Realität wurden.

Dabei war und ist seine Arbeit geprägt von der Überzeugung, dass eine demokratische Gesellschaft davon lebt, dass *alle* Menschen ihre Rechte wahrnehmen und ihre Zukunft mitgestalten können – unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus oder familiärer Geschichte. Das *ZBG der EKHN* teilt diese Perspektive aufgrund seines christlichen Verständnisses vom Menschen: Jeder Mensch ist Gottes Ebenbild! Dem entspricht der Gedanke der Menschenwürde unseres deutschen Grundgesetzes.

30 Jahre Beharrlichkeit! Beharrlichkeit, wenn politische Veränderungen Zeit brauchen. Beharrlichkeit, wenn gesellschaftliche Debatten von Vorurteilen geprägt sind. Und Beharrlichkeit in der Überzeugung, dass eine offene und gerechte Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit ist, sondern jeden Tag, insbesondere im Alltag, neu gestaltet und verteidigt werden muss. Gerade heute ist dieses Engagement wichtiger denn je!

Migration wird häufig auf Zahlen, Krisen und politische Kontroversen reduziert. Hinter jeder Zahl steht jedoch ein Mensch, ein unverwechselbares und einmaliges Geschöpf Gottes: mit Hoffnungen, Sorgen, Begabungen, Familien und Geschichten.

Eine verantwortungsvolle Migrationspolitik muss deshalb die unverbrüchliche Menschenwürde und Rechtssicherheit ins Zentrum stellen und zugleich Wege für Teilhabe, Chancen und Zusammenhalt eröffnen.

30 Jahre sind ein Grund zum Feiern – aber bitte nicht nachzulassen! Im Namen aller Mitarbeitenden des *ZBG der EKHN* gilt allen, die den *Initiativausschuss* in diesen drei Jahrzehnten getragen, begleitet und weiterentwickelt haben, ein herzlicher Dank: den engagierten Menschen, Vereinsmitgliedern, Unterstützer*innen, den Kolleg*innen der Geschäftsstelle sowie all jenen, die sich für eine gerechte Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz eingesetzt haben.

Wir wünschen uns natürlich sehr, dass der *Initiativausschuss* auch in den kommenden Jahren eine starke Stimme bleibt – für Menschenrechte, für demokratische Teilhabe, gegen Diskriminierung und für ein Rheinland-Pfalz, in dem Vielfalt nicht nur akzeptiert, sondern als selbstverständlicher Teil unserer gemeinsamen Zukunft gelebt wird.

Herzlichen Glückwunsch zum 30. Gründungstag! Auf die nächsten 30 Jahre Engagement, Einmischung und Solidarität!

Weiter so!

Ordinariatsdirektor Dieter Skala

- Leiter des K*atholischen Büros in Mainz*
(bis 31. Oktober 2026) -



In der Kirche gibt es keine „*Ausländer*“…

Unter dem Stichwort „*Migration menschenwürdig gestalten*“ haben beide großen Kirchen am 21. Oktober 2021 ein sog. „*Gemeinsames Wort*“ veröffentlicht, das die Programmatik im Titel trägt.

Es war nicht das erste seiner Art – das Vorgängerwort aus dem Jahr 1997 trug den Titel „*… und der Fremdling, der in deinen Toren ist*“. In letztgenanntem Text, dessen Titel an Textpassagen des Ersten Testaments anknüpft, wird ausgeführt, dass den Menschen aus der Fremde Segen, Toleranz, Solidarität und Freude entgegengebracht und mit ihnen geteilt werden soll.

„*Kirche ist eine Gemeinschaft von Migranten, mit Migranten und für Migranten*“ (Bischof em. Franz-Josef Bode, 2021). Darüber hinaus gilt es für die Kirchen, die Religionsfreiheit aller Menschen zu schützen, einem jeden Wertschätzung entgegenzubringen, menschenfeindlichen Strömungen und Rassismus entgegenzutreten.

1997 liegt nahe am Ursprungsdatum des *Initiativausschusses*, die Jahreszahl 2021 verweist darauf, dass es sich um keine singuläre Aufgabe handelt, Menschen „*aus der Fremde*“ bei uns aufzunehmen, dabei für möglichst gute Bedingungen zu sorgen und sie in unsere Gemeinschaft zu integrieren. Vielmehr ist uns dies als Gesellschaft dauerhaft aufgetragen.

Zumindest als Kirche sehen wir das so und werden dabei nicht müde, hierüber mit politisch Verantwortlichen in unserem Land im Gespräch zu bleiben und – soweit gestaltbar – auch vielfältige eigene Beiträge hierzu zu leisten.
So gab und gibt es Bemühungen, sich für geflüchtete Menschen angesichts von Rückkehr und Abschiebung einzusetzen, es gibt den Einsatz für Menschen, die in der Illegalität leben, es gibt auch Inobhutnahmen durch Kirchenasyle.

Daneben sind integrative Ansätze durch Sprachkurse, Beratung, Wohnraumvermittlung, pastorale und seelsorgliche Begleitung, Hilfen bei der Vermittlung in Arbeit u. v. m. zu benennen.

Die Flüchtlingshilfe der Katholischen Kirche in Deutschland versucht mit haupt- wie ehrenamtlichem Engagement Antworten im Sinne der von Papst Franziskus geforderten „*Globalisierung der Nächstenliebe*“ zu geben – angesichts einer von ihm festgestellten „*Globalisierung der Gleichgültigkeit*“.

So finden seit 2015 alljährliche bundesweite Flüchtlingsgipfel statt, die sich je unterschiedlichen Schwerpunkten widmen.

Mit hohem Engagement in dieses gesamtkirchliche Engagement eingebunden sind die rheinland-pfälzischen (Erz-)Diözesen Trier, Speyer, Mainz, Limburg und Köln, nicht zuletzt durch ihre caritativen Strukturen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass es für diese Aufgabe und Herausforderung viele Partnerinnen und Partner braucht, die aus je eigener Perspektive und mit je eigenem Ansatz zusammenwirken.

Dankbar sehen wir deshalb auch auf den *Initiativausschuss* hier in Rheinland-Pfalz und gratulieren sehr herzlich zum 30-jährigen Bestehen.

Ihm alles Gute für die Zukunft zu wünschen macht noch einmal deutlich, dass es sich bei den Fragen der Migration und-Integration um fortdauernde Aufgaben handeln wird.

Danke für alle bisherige und auf eine gute weitere Zusammenarbeit!



Gabriele Schneidewind und Sibel Soyer

- Arbeit und Leben gGmbH Rheinland-Pfalz / Saarland -



Ein gemeinsamer Weg für Menschenrechte und gleichberechtigte Teilhabe aller in Rheinland-Pfalz!

30 Jahre *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* sind mehr als ein Jubiläum. Sie sind Anlass, zurückzublicken – und zugleich sehr wach nach vorn zu schauen. Für *Arbeit und Leben*, besonders für unsere Arbeit im *Neustadt-Projekt* und mit den Menschen, die dort Rat, Orientierung und Unterstützung suchen, war und ist der *Initiativausschuss* ein unverzichtbarer Partner.

Umso mehr ehrt es uns, dass *Arbeit und Leben* und das *Neustadt-Projekt* diesen Weg seit Beginn des *Initiativausschusses* mitgehen durften – als Mitstreiter*innen, Wegbegleiter*innen und Teil eines Netzwerks, das Menschenrechte, Solidarität und gleichberechtigte Teilhabe stets gemeinsam gedacht hat.

Immer wieder konnten wir auf fachliche Beratung, auf klare Einschätzungen und auf verlässliche Unterstützung zählen – gerade dann, wenn einzelne Fälle nicht einfach waren, wenn aufenthaltsrechtliche Fragen drängten oder Bescheide von Behörden nicht nachvollziehbar erschienen. Diese konkrete Hilfe hatte und hat Bedeutung für einzelne Lebenswege.

Zugleich war der *Initiativausschuss* nie nur Beratungsstelle oder Netzwerk. Er ist über die Jahre zu einer landesweiten Institution geworden: eine starke Stimme der Zivilgesellschaft, eine Plattform der Asyl-, Migrations- und Menschenrechtsarbeit in Rheinland-Pfalz und eine Schnittstelle für Akteur*innen der Bildungsarbeit, der Weiterbildung und der Arbeitsmarktintegration.

Besonders prägend ist für uns der Perspektivwechsel, für den der *Initiativausschuss* steht. Aus der Rede von *„ausländischen Mitbürgern“* wurde eine Sprache, die Menschen meint: Menschen mit Rechten, mit Erfahrungen, mit Hoffnungen, mit Sorgen, mit Diskriminierungserfahrungen – und mit dem Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe.

Integration wurde nicht länger als Bringschuld einzelner verstanden, sondern als gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe. Diese Veränderung von Sprache, Haltung und Politik ist keine Nebensache. Sie prägt, wie wir miteinander sprechen – und damit auch, wie wir miteinander leben.

Die Entwicklung der Migrationspolitik und des Verständnisses von Migration in Rheinland-Pfalz verlief in den vergangenen Jahrzehnten nicht geradlinig. Fortschritte waren immer wieder von politischen Restriktionen begleitet, die für Menschen, die längst zu unserer Gesellschaft gehören, konkrete Folgen hatten. Es gab Fortschritte, manchmal große Schritte, oft aber auch mühsame kleine Bewegungen und schmerzhafte Rückschritte.

Rassistische Gewalt – von Mölln und Solingen über den NSU bis Hanau und darüber hinaus – erinnert uns leider immer wieder daran, dass die Verteidigung der Menschenwürde keine abstrakte Aufgabe ist.

Umso wichtiger war und ist eine Stimme, die Missstände benennt, aufklärt, versachlicht und zugleich nicht nachlässt, für Schutz, Teilhabe und Demokratie einzutreten. Diese Stimme ist der *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz*.

Der *Initiativausschuss* hat genau das immer wieder getan: mit fundierten Informationen, juristischer Klarheit, Veranstaltungen, Stellungnahmen und Positionspapieren – nach dem 11. September ebenso wie in den Jahren seit 2015 und vor und nach Landtagswahlen.

Er hat Menschen und Einrichtungen zusammengebracht, Wissen geteilt, Fachlichkeit gestärkt und politische Verantwortung eingefordert. Für uns ist er auch ein Ort, an dem die Erfahrungen der Menschen, denen wir begegnen, weitergetragen werden können: ihre Bedarfe, ihre Ängste, ihre Verletzungen, aber auch ihre Freude und ihre Kraft.

Auch in Zukunft braucht Rheinland-Pfalz den *Initiativausschuss* dringend und zwar mehr denn je. Als Anker für die Akteur*innen der Migrationspolitik und als Mahner gegenüber Politik und Verwaltung, wenn Menschenrechte aus dem Blick zu geraten drohen. Als klare, mutige und zugleich sachliche Stimme gegen Hass, Rassismus, Ausgrenzung und antidemokratische Bewegungen.

Migration ist kein Grund zur Besorgnis. Sie gehört zu Rheinland-Pfalz, stärkt unser Land und bereichert unser Zusammenleben – wenn gleiche Rechte, Schutz und Teilhabe ernst genommen werden.

Danke, dass es euch gibt. Danke, dass wir Teil dieses großen solidarischen Netzwerkes sein dürfen.

Wir freuen uns darauf, weiterhin Schulter an Schulter mit euch für ein demokratisches, menschenwürdiges und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen in Rheinland-Pfalz einzutreten.

Gabriele Schneidewind ist Geschäftsführerin und Sibel Soyer die Leiterin der Abteilung „Diversity-Bildung“ der Arbeit und Leben gGmbH RLP / Saarland.

Ruth Strauß

- Integrationsbeauftragte der Stadt Trier -

Alle, die im Bereich Integrationsarbeit aktiv sind, egal, ob ehrenamtlich oder hauptamtlich, wissen, dass unsere Arbeit eng mit dem politischen Geschehen und den gesellschaftlichen Debatten verknüpft ist.

Wir arbeiten in einem Feld, das von Kontinuität leider nur selten geprägt ist. Wir kämpfen mit fortwährenden Kürzungen von Mitteln im Integrationsbereich und müssen Gesetzesänderungen nicht selten mit Sorge, Unverständnis und manchmal auch mit einem Gefühl der Hilflosigkeit hinnehmen.

In den Kommunen begegnen uns Zugewanderte mit ganz unterschiedlichen Lebensgeschichten. Wenn Menschen in Städten und Gemeinden ankommen, dann sollte es selbstverständlich sein, ihnen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus Zugang zu Bildung und Arbeit zu ermöglichen. Integration kann nur gelingen, wenn Menschen die Möglichkeit bekommen, anzukommen und teilzuhaben.

Doch die Realität sieht oft anders aus. Integrationsarbeit ist trotz ihrer stetig wachsenden Bedeutung noch immer gesetzlich eine freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Kommunen und damit keine kommunale Pflichtaufgabe oder gar Auftragsangelegenheit. Das setzt den „*klammen*“ Kommunen enge Grenzen, denn die Finanzierung ist damit von ihnen alleine zu schultern.

Nicht nur fehlende finanzielle Ressourcen erschweren die Arbeit, sondern auch die zunehmende Verschärfung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, die es immer schwieriger macht, den Menschen gerecht zu werden, die vor Ort leben und Unterstützung benötigen. Wie schon seit vielen Jahren wird immer mehr darauf gesetzt, dass Ehrenamtliche die Neuzugewanderten durch den Behördendschungel lotsen, fehlende Sprachangebote kompensieren und die Menschen bei der Wohnungs- und Arbeitssuche unterstützen. Gleichzeitig werden hauptamtliche Strukturen immer weiter abgebaut, da Förderprogramme auslaufen und nicht mehr neu aufgelegt werden.

Und trotz alledem zeichnet die Integrationsarbeit in Trier und in Rheinland-Pfalz etwas Besonderes aus: ein unglaublich großes und engagiertes Netzwerk von Menschen und Organisationen, die sich von all diesen Herausforderungen nicht entmutigen lassen. Menschen, die trotz aller Tiefschläge jeden Tag dafür eintreten, dass Rheinland-Pfalz ein vielfältiges, offenes und menschliches Land bleibt.

Und mittendrin seid Ihr, lieber *Ini*. Ihr seid ein wichtiges und zentrales Rad in diesem Getriebe, ein Rad, das vieles in Bewegung hält: Ihr schaut hin, wo andere vielleicht lieber wegsehen. Ihr analysiert, wo Zusammenhänge komplex und Entwicklungen schwer durchschaubar sind. Ihr mahnt, wenn Grenzen überschritten werden. Ihr vernetzt Menschen und Organisationen miteinander. Vor allem bringt Ihr etwas in die oft hart geführte und von Zahlen, Gesetzen und politischen Debatten geprägte Diskussion zurück, das niemals verloren gehen darf: Menschlichkeit.

Dafür möchte ich Euch „*Danke*!“ sagen. Danke für Euren Einsatz. Danke für Eure Beharrlichkeit. Danke dafür, dass Ihr auch dann weiterarbeitet, wenn die Rahmenbedingungen schwierig sind. Und danke dafür, dass Ihr immer wieder daran erinnert, worum es bei unserer Arbeit im Kern geht: um Menschen.

Ich wünsche Euch für die kommenden Jahre weiterhin Mut, Kraft, Ausdauer und vor allem viele Menschen an Eurer Seite, die gemeinsam mit Euch für ein vielfältiges und solidarisches Rheinland-Pfalz eintreten.



Miguel Vicente

- Beauftragter der Landesregierung für Migration und Integration -

Dreißig Jahre *Initiativausschuss für Migrationspolitik Rheinland-Pfalz* – das sind auch drei Jahrzehnte des Wandels in der deutschen Migrations- und Integrationspolitik.

Migrationspolitik hat in dieser Zeit rasant an gesellschaftspolitischer Bedeutung gewonnen; sie ist von einem Randthema zu einem zentralen Politikfeld geworden. Am sichtbarsten wird diese Entwicklung in strukturellen und strategischen Veränderungen: Fachstellen und Fachministerien wurden geschaffen, integrationspolitische Konzepte entwickelt und dauerhafte Strukturen der Integrationsarbeit aufgebaut. Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe und des Diskriminierungsschutzes haben an Bedeutung gewonnen.

Es waren aber nicht nur Jahre des *„Fortschritts“*. Immer wieder gab es Debatten über vermeintliche Überforderungen und Gefahren durch Migration, nicht selten von politischen Akteuren selbst angetrieben. Wir erinnern uns an die *„Sarrazin-Debatte“*, an die Aktionen gegen die doppelte Staatsbürgerschaft oder an Äußerungen wie *„Migration ist die Mutter aller Probleme“* des früheren Bundesinnenministers Horst Seehofer.

Der *Initiativausschuss* hat diese drei Jahrzehnte aktiv mitgestaltet und entscheidend geprägt. Mit Ideen, politischen Impulsen, konkreten Initiativen und vor allem mit einer klaren Haltung. Dabei war und ist er ein kritischer Begleiter der Politik, der unbequeme Fragen stellt, Entwicklungen hinterfragt und Veränderungen einfordert. Zugleich war er immer ein konstruktiver und verlässlicher Partner, wenn es darum ging, gemeinsam Lösungen zu entwickeln und Fortschritte zu erreichen.

Das ist, was ich an der Arbeit des *Initiativausschusses* besonders schätze; diese Verbindung von politischer Klarheit, Beharrlichkeit und konstruktiver Zusammenarbeit. Er hat sich immer wieder dort zu Wort gemeldet, wo Migration populistisch instrumentalisiert und Integration einseitig problematisiert wurde. Er hat Widerspruch formuliert, wo andere geschwiegen haben, und den Menschen eine Stimme gegeben, deren Perspektiven und Interessen in politischen Debatten allzu oft zu wenig Beachtung finden.

Diese Anwaltschaft für Menschen mit Migrationsgeschichte, für ihre Rechte und gleichberechtigte Teilhabe, für Humanität und einen sachlichen, differenzierten Umgang mit Migration ist für mich das Besondere und Bleibende am *Initiativausschuss*. Dafür empfinde ich großen Respekt und persönliche Dankbarkeit.

Zu diesem 30-jährigen Jubiläum gratuliere ich herzlich und wünsche dem *Initiativausschuss*, dass er sich auch in Zukunft mit neuen Ideen und Impulsen weiterentwickelt und dabei seinen Wurzeln und Überzeugungen treu bleibt.

Nele Wilk

- Arbeitsbereichsleitung "Soziale Beratung" bei Armut und Gesundheit in Deutschland e.V. und Mitarbeiterin der Clearingstelle Krankenversicherung Rheinland-Pfalz -



Wie gut, dass es Euch gibt!

Für das gleichberechtigte und solidarische Zusammenleben von Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie ist der *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* ein unverzichtbarer Akteur. Gerade dort, wo es um das Einstehen für konkrete Teilhabe und für den Zugang zu grundlegenden Rechten geht: Die Kombination aus politischer Expertise und juristischem Fachwissen zeichnet den *INI* besonders aus. Im Bereich des Asyl- und Aufenthaltsrechts verändern sich rechtliche Rahmenbedingungen häufig und sind für uns in der Praxis schwer zu überblicken.

Wir erleben Euch als verlässlichen Partner für politische Aktionen, Kundgebungen und Presseerklärungen. Fachliche und politische Expertise verbindet ihr mit einer klaren politischen Haltung und bringt sie dort ein, wo es darum geht, für gleiche Rechte und gleichberechtigte Teilhabe einzutreten.

Gemeinsam haben wir einiges erreicht. Gemeinsam teilen wir aber auch die Sorge, wie schnell bereits Erreichtes wieder infrage gestellt werden kann.

So zeigt sich bei den Leistungen für Asylsuchende gerade jetzt, dass Fortschritte nicht selbstverständlich sind. Bis vor Kurzem konnten Asylsuchende nach 15 Monaten unter bestimmten Voraussetzungen sogenannte Analogleistungen, darunter auch eine reguläre Krankenversicherung, erhalten. Dass diese Frist auf 36 Monate verlängert wurde, ist eine immense Verschlechterung. Sie bedeutet eine weiter andauernde Beschränkung von Teilhabe und die Verlängerung der ohnehin nur rudimentären medizinischen Versorgung ausschließlich bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen.

Wer krank ist, muss sich darauf verlassen können, medizinische Hilfe zu bekommen. Das gilt unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus. Auch für Menschen ohne Papiere und Krankenversicherung. Zurzeit beobachten wir, dass diese Menschen selbst in Notaufnahmen vermehrt abgelehnt werden.

Die Übermittlungspflicht nach § 87 AufenthG führt zudem dazu, dass Menschen ohne Papiere bei Inanspruchnahme medizinischer Versorgung befürchten müssen, mit den Ausländerbehörden in Kontakt zu kommen und abgeschoben zu werden.

In den letzten Jahren verbindet uns der gemeinsame Kampf gegen die Übermittlungspflicht und der Einsatz für eine bessere Versorgung unversicherter Schwangerer. Zusammen machen wir die Verletzung von Menschenrechten in Rheinland-Pfalz sichtbar.

Nicht nur - aber gerade dann -wenn sich gesellschaftliche Verhältnisse so verändern wie zurzeit und ein Rechtsruck stärker wird, braucht es eine parteiliche Stimme, die für ein gleichberechtigtes, solidarisches und demokratisches Zusammenleben eintritt. Was über Jahre aufgebaut wurde, muss immer wieder verteidigt und auch weiterentwickelt werden. Eure Arbeit ist deshalb nicht nur weiterhin relevant, sondern notwendiger denn je.

Danke Euch, Ann-Christin und Torsten, für Eure beständigen und fundierten politischen und juristischen Informationen.

Susanne Wingertszahn

- Vorsitzende des
DGB Rheinland-Pfalz / Saarland -



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Zum 30-jährigen Bestehen des *Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* gratulieren wir als *Deutscher Gewerkschaftsbund* herzlich!

Drei Jahrzehnte engagierter Arbeit für die Interessen von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte sind ein besonderer Grund zur Anerkennung und zum Feiern. Seit seiner Gründung setzt sich der *Initiativausschuss* dafür ein, dass Migration und Integration in Rheinland-Pfalz im Sinne einer offenen und solidarischen Gesellschaft gestaltet werden.

Dabei verbindet uns als *DGB* ein gemeinsames Verständnis: Eine Gesellschaft ist dann stark, wenn alle Menschen unabhängig von Herkunft, Nationalität oder Glauben die gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe, gute Arbeit und ein selbstbestimmtes Leben haben.

Die Grundrechte unserer Verfassung sind für den *DGB* Leitschnur einer humanitären Migrationspolitik. Die Menschenwürde (Art. 1) und der Gleichheitsgrundsatz (Art. 3) haben für uns universelle Bedeutung und gelten auch für Geflüchtete.

Der *Initiativausschuss* hat in den vergangenen 30 Jahren wichtige Impulse für das Zusammenleben ausländischer und inländischer Mitbürger in unserem Bundesland gegeben, politische Debatten mitgeprägt und die Perspektiven von Migrantinnen und Migranten sichtbarer gemacht.

Er ist damit zu einer wichtigen Stimme und anerkannten Institution für eine vielfältige und solidarische Gesellschaft in Rheinland-Pfalz geworden.

Das konnte er werden durch das hohe Engagement aller im *Initiativausschuss* beteiligten haupt- und ehrenamtlich Aktiven. Diese Kombination, verbunden mit einer enormen inhaltlichen Kompetenz, einer guten Vernetzung in lokale und überregionale Initiativen und stetigem Einsatz für das Zusammenleben aller Menschen in unserem Bundesland, macht das Besondere des *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* aus.

Gerade in Zeiten, in denen rassistische und menschenfeindliche Positionen wieder lauter werden, ist eure Arbeit wichtiger denn je. Es braucht starke Bündnisse, die sich für Demokratie, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen. Der *DGB* steht dabei gerne weiterhin an eurer Seite.

Für die kommenden Jahre wünschen wir dem *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* weiterhin viel Kraft, Erfolg, Zuversicht und Durchhaltevermögen – und vor allem viele engagierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

Herzlichen Glückwunsch zu 30 Jahren erfolgreicher Arbeit!

Auf die nächsten 30 Jahre – für eine solidarische, gerechte und vielfältige Gesellschaft.

Christian Zeiß

- Café Asyl Alzey -



Zu Beginn meiner Tätigkeit als Berater im *Migrationsfachdienst der Regionalen Diakonie Rheinhessen* hatte ich meine ersten aufenthalts- und asylrechtlichen Schulungen noch bei Roland Graßhoff, dem Juristen und langjährigen Geschäftsführer des *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz*.

Über unsere gemeinsame Mitgliedschaft im Flüchtlingsrat der Stadt Mainz geht unsere Zusammenarbeit auch nach seiner Pensionierung weiter, was mich bei einem so sachkundigen, engagierten und freundlichen Menschen sehr freut.

In all diesen Eigenschaften stehen ihm die jetzigen Mitarbeiter des *Initiativausschusses* in keiner Weise nach.

Über die Rundmails erhalte ich mehrmals pro Woche sehr übersichtliche und tiefgehende Informationen zum Migrationsgeschehen. Die „*Kurzinformationen des Initiativausschusses*“ gehören für mich definitiv zu den wichtigsten Kanälen, um auf dem Laufenden zu bleiben. Hierbei schätze ich die beherzten als auch differenzierten politischen Einordnungen und Statements von Torsten Jäger.

Auch habe ich an verschiedenen Veranstaltungen teilgenommen, die er ausgerichtet hat sowie an rechtlichen Schulungen seiner Kollegin Ann-Christin Bölter.

Als rechtspolitische Referentin, quasi also als die „*juristische Nachfolgerin*“ von Roland Graßhoff beim Initiativausschuss, hat Frau Bölter zudem eine besondere Bedeutung für meine alltägliche Arbeit: Sie ist meine „*heiße Leitung*“ für alle rechtlichen Fragen, die anfallen.

Ihre tiefgehende Kenntnis der für mich wichtigen Rechtsgrundlagen hat mich schon oft beeindruckt. Meine Anfragen werden stets sehr ausführlich als auch freundlich beantwortet. Letztlich erhalten meine Klientinnen und Klienten so in Ihren Angelegenheiten die bestmögliche Expertise und Unterstützung.

Sachkenntnis, Freundlichkeit und Menschlichkeit: Dies sind die Eigenschaften, mit denen die Mitarbeitenden des *INI* meine Arbeit und die des *Café Asyl Alzey* seit jeher stützen.

Nicht zuletzt ist in diesen leider stets bedrückender werdenden Zeiten nicht nur ein guter rechtlicher Rat, sondern auch eine heitere Konversation die beste Medizin.

In diesem Sinne wünsche ich dem *INI* alles erdenklich Gute zum Jubiläum und hoffe, dass seine Arbeit auch in Zukunft ganz genau so weitergeführt werden kann wie bisher.

Weitere Kurzstatements: Wie andere uns sehen

*Wir haben Freund*innen und Kolleg*innen, die unsere regelmäßigen „Kurzinformationen des Initiativausschusses“ beziehen, dazu eingeladen, uns im Zusammenhang mit unserem „30. Geburtstag“ ein kurzes Feedback zu unserer Arbeit zu geben. Die bis zum Redaktionsschluss bei uns eingegangenen Statements dokumentieren wir nachfolgend:*

Liebe Ann-Christin, lieber Torsten,

wir gratulieren dem *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* und somit natürlich euch ganz herzlich zum 30-jährigen Jubiläum!

Ihr seid für uns ein stetiger Fels in der Brandung und steht uns geduldig und verlässlich mit Rat und Tat zur Seite. Eure fachliche Expertise, eure guten Ideen, eure Verbindlichkeit und das uns entgegengebrachte Vertrauen bereichern unsere Arbeit als *Flüchtlingsrat RLP e.V.* auf besondere Weise. Wir wissen, wir können euch immer kontaktieren, wenn wir mal nicht weiterwissen. Dafür danken wir euch!

Wir freuen uns auf viele weitere gemeinsame Jahre in den unruhigen Zeiten, die auf uns zukommen mit euch als Kooperationspartner und als Kolleg*innen. Schön, dass es euch gibt!

***Leonie, Tiko, Gwen, Nina, Monique, Emine, Lisa, Emma und Natalie vom Flüchtlingsrat RLP* e.V.**

Liebes Team des *Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz*,

die Mitarbeitenden des Fachbereichs Migration und Integration beim *Caritasverband Westeifel e.V.* gratulieren herzlich zum 30-jährigen Jubiläum.

Wir haben in den Jahren intensiv von Eurer Arbeit profitieren können: Es kamen - und kommen auch hoffentlich weiter – sehr viele Infos zu aktuellen Entwicklungen im Bereich Migration.

Besonders hilfreich waren auch die vielen Links und Vernetzungen zu anderen Initiativen und Organisationen im Land. Sehr hilfreich und vielfach genutzt sind auch die guten Hinweise und Links zu aktuellen Arbeitshilfen – davon konnten nicht nur „*neue*“ Mitarbeitende im Migrationsbereich profitieren.

Auch wenn die Informationsflut manchmal sehr groß ist – wir leben halt in bewegten Zeiten – so konnten und können wir weitab von der Landeshauptstadt doch teilhaben an den Entwicklungen im Land.

Nochmals herzlichen Dank und macht weiter so!

Jo Bach, Fachbereichsleiter Migration und Integration beim Caritasverband Westeifel e.V.

Der Newsletter des *INI* gehört für mich zum Pflicht-Compendium in meiner täglichen Arbeit. Fast jeder Morgen beginnt mit einer Tasse Kaffee und der Lektüre des Newsletters. DANKE!

Carlos Wittmer, Integrationsbeauftragter der Landeshauptstadt Mainz

Wenn es Sie nicht schon gäbe, müsste man Sie neu erfinden

Jochen Grade, Vorstand „Förderverein Flüchtlingshilfe Andernach e.V.“

---

30 Jahre Sprachrohr. 30 Jahre Netzwerk. 30 Jahre Engagement

Seit drei Jahrzehnten setzt sich der *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* für Chancengleichheit, Teilhabe und ein solidarisches Miteinander ein. Der *INI* verbindet Menschen, Organisationen und Initiativen aus Haupt- und Ehrenamt. Seine Informations- und Vernetzungsarbeit gibt Orientierung – gerade in Zeiten politischer und rechtlicher Veränderungen. Mit Beratung, Qualifizierung und Fachwissen unterstützt der *Initiativausschuss* diejenigen, die tagtäglich vor Ort Migrationsarbeit leisten. Damit stärkt er Haupt- und Ehrenamt und macht Engagement wirksamer. Der *Initiativausschuss* benennt Fehlentwicklungen, mischt sich ein und setzt sich für die Rechte von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte ein. Dabei verbindet er klare Haltung mit konstruktivem Dialog. Gerade angesichts zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung braucht Rheinland-Pfalz eine verbindende und argumentative Stimme für Vielfalt, Teilhabe und Menschenrechte.30 Jahre sind ein Grund zum Feiern und ein Auftrag, weiterzumachen.

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum und vielen Dank für drei Jahrzehnte engagiertes Wirken!

Uwe Achhammer, Runder Tisch für Flüchtlinge in Lahnstein

Ich wünsche zum 30-jährigen alles Gute und viel Kraft weiterhin. Die Arbeit, die Sie machen, ist unheimlich wichtig für die Community und den Bereich Integration.

Kerttu Taidre, Integrationsbeauftragte der Stadt Ludwigshafen

---

Das Jubiläum des rheinland-pfälzischen *Initiativausschusses für Migrationspolitik* steht für 30 Jahre verlässliche und kompetente Migrationsarbeit. Danke, dass ihr jeden Tag daran arbeitet, ein solidarisches Zusammenleben aller Menschen Wirklichkeit werden zu lassen.

Misbah Khan, MdB (Wahlkreis Neustadt/Speyer) und stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

---

Dem *Helferkreis Asyl Worms* wehte nach dem kurzen Sommer der Solidarität – wie auch anderen ehrenamtlichen Initiativen und hauptamtlichen Beratungsstellen - ein kalter Wind ins Gesicht: „*Hau-ab-Gesetzespakete*“, Aussetzen des Familiennachzugs, zunehmende verbale und tätliche Übergriffe von Rassisten und Faschisten auf Geflüchtete und Helfer*innen verschlugen uns häufig die Sprache.

Die ermutigenden Fortbildungen mit Roland Graßhoff, die umfassenden Antworten von Ann-Christin Boelter auf rechtliche Fragen, die höchst informativen Rundbriefe von Torsten Jäger trugen wesentlich dazu bei, dass wir den kalten Wind ertragen und nicht aufgegeben haben. Wir wünschen dem *Initiativausschuss* weiterhin Kraft und Zuversicht.

Angelika Wahl, Helferkreis Asyl Worms

DANKE! Hinter diesen fünf Buchstaben steckt meine tiefe Wertschätzung für Ann-Christin Bölter und Torsten Jäger, sowie für die humanistischen und universellen Werte, die sie vertreten und verkörpern.

Im Jahre 2019 wurde ich buchstäblich „*ins kalte Wasser geworfen*“, als ich meine Tätigkeit in der Migrationsberatung beim DRK aufgenommen hatte. Bis ich mich in dem neuen Arbeitsfeld eingefunden hatte und das Wasser allmählich lauwarm wurde, war das ausgezeichnete Tandem des *Initiativausschusses* aus Mainz an meiner Seite.

Durch die Schulungen, Seminare und das vermittelte fundierte Fachwissen von Ann-Christin Bölter bin ich immer rechtlich bestens versorgt und für meinen Beratungsalltag prima gerüstet. Davon profitieren vor allem meine Ratsuchenden. Und die Berichte und die Mitteillungen von Torsten Jäger zur politischen Entwicklungslage unseres Landes helfen mir jeden Tag, meine Reflexionsfähigkeit zu schärfen und meine gesellschaftliche Rolle als Migrationsberater besser wahrzunehmen und kritisch zu hinterfragen.

Für eure Fachlichkeit, eure kostbaren Impulse und eure menschliche Haltung, die ihr uns vermittelt, bin ich zutiefst dankbar und verbunden.

Andalos Butterbach, MBE Berater, DRK Kreisverband Bernkastel-Wittlich

---

Wir möchten uns für die Unterstützung in den letzten Jahren durch Ihre Organisation bedanken. Da die Arbeit in diesem Bereich immer schwieriger wird und wir vor ständig neuen Herausforderungen stehen, ist eine Einrichtung wie Ihre unverzichtbar. Wir freuen uns schon auf die nächsten Jahre.

Heide Güldenfuß, Migrationsberatung/ Leitung des Fachbereichs "Soziale Arbeit"
beim DRK-Kreisverband Kaiserslautern-Land e.V.

Initiativausschuss ist für mich seit seinem Beginn verbunden mit guter Rechtshilfe und Rechtsberatung zugunsten der Flüchtlinge mit einem offenen Herzen,

- dass sie zu ihren Rechten kommen,
- dass es für Behörden Eröffnung von Ermessensräumen gibt und
- dass es Lücken zu füllen gilt durch Nachforderungen oder politische Lobbyarbeit...

Hierfür stand Roland Graßhoff und stehen jetzt Torsten Jäger und Ann-Christin Bölter:

- Roland Dank als Anker in vielen rechtlichen und menschlichen Fragen und Herausforderungen;
- Torsten vielen Dank für geschulte, kompetente, klare und kritische Blicke auf aktuelle Erleichterungen und auf belastende Neuerungen,
- nicht weniger dankbar Ann-Christin für die rechtlichen Erläuterungen, Klarstellungen und Hilfen dazu ...

WIE GUT DASS ES EUCH GIBT, WIR HÄTTEN EUCH SONST SEHR VERMISST!!!!

Pater Wolfgang Jungheim, SSCC

30 Jahre *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* – herzlichen Glückwunsch! - Der *Initiativausschuss* ist für uns als *Beirat für Migration und Integration des Landkreises Germersheim* seit vielen Jahren ein verlässlicher und wichtiger Partner. Gerade in einem Themenfeld, das sich ständig weiterentwickelt, sind fundierte Informationen, fachliche Einordnung und ein guter Austausch von großer Bedeutung.

Besonders hervorheben möchten wir den Newsletter, der für uns mittlerweile nicht mehr wegzudenken ist. Er bündelt aktuelle Entwicklungen, wichtige Themen und relevante Informationen und ermöglicht es uns, stets gut informiert zu bleiben.

Was wir darüber hinaus besonders schätzen, ist die Hilfsbereitschaft und fachliche Kompetenz des *Initiativausschusses*. Ihr habt immer ein offenes Ohr für uns und konntet bisher bei jeder Frage schnell, kompetent und unkompliziert unterstützen.

Wir gratulieren herzlich zum 30-jährigen Bestehen und bedanken uns für die langjährige, engagierte Zusammenarbeit. Auf viele weitere Jahre als verlässlicher Partner für eine vielfältige und solidarische Gesellschaft!

Ziya Yüksel als Vorsitzender und im Namen des Beirats für Migration und Integration des Landkreises Germersheim

---

Der Zweck des *Vereins zur Förderung der Interkulturellen Arbeit in Rheinland-Pfalz e.V.* - die Gleichberechtigung der in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländer*innen und ein solidarisches Zusammenleben von Deutschen und Ausländer*innen - ist das Gegenprogramm zur zurzeit vorherrschenden Politik von Hass, Hetze und Exklusion.

Schon deshalb ist es wichtiger denn je, dass es euch gibt und Ihr laut eure Stimme der Vernunft erhebt. Zudem seid ihr ein verlässlicher Bündnispartner.

Danke dafür und natürlich für eure wichtige Arbeit.

Klaus Peter Lohest, Landesvorsitzender des Kinderschutzbundes und Mitglied der Mainzer AG von Terre des Hommes

---

Ihr beiden sorgt durch Eure Arbeit dafür, dass Vielfalt nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch in der Politik ankommt.

Ihr vernetzt, beratet und mischt euch ein – verbindlich im Ton, klar in der Haltung und hartnäckig, wenn’s politisch mal wieder länger dauert.

Und: ihr seid einfach zwei wunderbare *Kollegas*! 😊

Uli Sextro, Landesweiter Referent „Flucht und Migration“ bei der Arbeitsgemeinschaft der Diakonie in Rheinland-Pfalz

Lieber *INI*, liebe Kolleg*innen,

Seit über 20 Jahren begleitet mich der *INI*, begleitet Ihr mich in meiner Arbeit im Migrationsbereich – und dabei lässt sich Berufliches kaum vom Persönlichen trennen. Ihr seid der Fels in der Brandung: unbeirrbar und unverrückbar, gerade in stürmischen Zeiten.

Ihr seid der Stein der Weisen, wenn es um die Grob- und Feinheiten des Asyl- und Ausländerrechts geht. Und Ihr seid hart wie Granit, wenn es darum geht, Menschenrechte und Menschenwürde unermüdlich zu verteidigen und als Leitstern allen politischen Handelns zu betrachten.

Für mich vielleicht sogar das Wichtigste aber ist: Bei aller Kompromisslosigkeit in der Sache bleibt Ihr mit vollem Herzen und offenem Ohr, Respekt und Humor einfach „*da*“.

Danke, dass es Euch gibt – jetzt schon seit 30 Jahren. Hoch soll der *INI* leben, und hoch sollt Ihr leben!

Claudia Vortmann, wissenschaftliche Mitarbeiterin im ism e.V. und Mitglied im Sprecher*innenkreis des Initiativausschusses

---

Liebe Kolleg*innen vom *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz*,

zu Eurem 30-jährigen Jubiläum möchten wir euch herzlich gratulieren! Wir schätzen sehr euren fachlichen Input zur Migrationspolitik. Eure fachliche Expertise ist für unsere Beratungsarbeit sehr hilfreich. Ihr seid eine Bereicherung für das Land! Macht weiter so, trotz schwierigen Zeiten!

Das AWO-Team der Migrationsberatungsstelle Mainz

Wir erleben euch als kompetenten und sympathischen Partner, der sogar mit unserem gelegentlichem Chaos klarkommt und uns immer hilfsbereit zur Seit steht. Wir hoffen euch auch in 30 Jahren wieder loben zu können. Also bleibt gesund und fröhlich!

Sieh, dass du Mensch bleibst. Mensch sein ist von allem die Hauptsache Und das heißt fest und klar und heiter sein - ja heiter, trotz alledem.

Unser Kampf ist ein Triathlon. Doch sobald wir aus dem Wasser sind, geht‘s schnell voran. Also nicht (ver)zweifeln. Die letzte Schlacht gewinnen wir!!!

Seebrücke Mainz

Auch wenn ich/wir es aufgrund des ÖPNV leider kaum zu den Plenumstreffen in Mainz schaffe/n, sind die regelmäßigen - sehr ausführlichen und fundierten - Info-Mails des *Initiativausschusses* super wichtig für die tägliche Beratungsarbeit! Herzlichen Dank !

Ruth Lieser, Multikulturelles Zentrum Trier

Liebes Ini Team,

30 Jahre habt ihr mich bei Fragen im Flüchtlingsbereich fachkundig und geduldig unterstützt. Oft als Rettung auch für andere, die mich fragten: Frage an Bernd → Frage an *Ini* → Antwort gefunden → allen geholfen!

So konnte ich die auch ca. 30 Jahre meiner politischen Aktivitäten im Flüchtlingsbereich fast immer glänzen. Ausnahmen gab es nur, wenn ihr Urlaub hattet (und auch Siggi Pick nicht erreichbar war).

Das *„Danke!“* vieler euch unbekannter Menschen und Geflohener gebe ich hiermit an euch weiter. Danke Roland! Danke Ann- Christin! Danke Torsten!

Bleibt dran!

Bernd Drüke, Mainz

Wer in der Beratung und Begleitung von Menschen durch ihre asyl- und aufenthaltsrechtlichen Prozesse eine gute Arbeit machen will, ist selbst angewiesen auf profunde Fachberatung, das gilt heute mehr denn je. Wo diese Hand in Hand geht mit präziser sowie konstruktiver Einordnung, Analyse und Kritik des asyl- und migrationspolitischen Geschehens, befinden wir uns beim *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz*.

Herzlichen Glückwunsch zu eurem dreißigjährigen Bestehen, tausend Dank für eure so wertvolle Arbeit, insbesondere an Ann-Christin und Torsten! Auf die nächsten 30 Jahre!

Markus Lauterborn, Sozial- und Asylverfahrensberater in der Erstaufnahmeeinrichtung Trier, Psychosoziales Zentrum (PSZ) für Geflüchtete Trier in der Trägerschaft des Caritasverbandes Trier e. V. und des Diakonischen Werkes der Ev. Kirchenkreise Trier und Simmern-Trarbach

---

Zum 30-jährigen Jubiläum möchte ich dem Initiativausschuss herzlich gratulieren und Danke sagen. Ihre kompetente rechtliche Unterstützung, die praxisnahen Fortbildungen sowie die wertvolle Informations- und Vernetzungsarbeit sind für meine tägliche Arbeit eine große Hilfe. Vielen Dank für Ihr langjähriges Engagement und alles Gute für die Zukunft!

Maren Becker, Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE) beim Caritasverband Mainz e.V.